

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 11.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 10. bis 16. März 1911.

Posen, den 21. März 1911.

Aus der Provinz Posen.Aus Nr. 3 des Straz (Posen)
vom März 1911:**Die Rechte und Pflichten der polnischen Gesamtheit, und besonders der polnischen Vereine, nach dem neuen Reichsvereinsgesetz.**

(Fortsetzung.)

Zu den Sitzungen darf die Polizei nicht kommen, und sie hat keine Gelegenheit, außer den angegebenen Namen der Vorstandsmitglieder, zu erfahren, wer noch dem Verein als Mitglied angehört. Die Tatsache, daß sich ein Verein zur Vermeidung von Weitzschweifigkeiten, Schikanen und Strafen durch Anmeldung der Vorstandsmitglieder und Einreichung der Satzungen bei der Polizei als politisch anerkannt, zwingt den Verein nicht, sich mit politischen Angelegenheiten zu befassen. In Beziehung zur eigenen Gesamtheit dürfen und werden die polnischen kulturellen, Aufklärungs-, Turn- usw. Vereine nicht politische Vereine sein, da sie dann von vornherein ihren Zweck verfehlt haben würden.

Es wäre geradezu nationaler Selbstmord, wenn wir diese Organisationen mit Politik, von der es bei uns wohl genug gibt, verunreinigen wollten, während auf kulturellem und nationalem Gebiete nicht sehr viel, in jedem Falle aber zu wenig gearbeitet wird. Es handelt sich also nicht darum, ob ein Verein der Polizei gegenüber als politisch gilt, sondern vielmehr darum, ob die betreffenden Vereine sich tatsächlich mit Politik befassen. Eine allgemeine nationale und bürgerliche Aufklärung, eine kulturelle Arbeit und eine sozial-wirtschaftliche Tätigkeit ist noch keine Befassung mit Politik.

Solche Vereine, welche der Polizei die Satzungen einreichen und die Vorstandsmitglieder anmelden, aber sich mit Politik nicht befassen, sind heute schon die Sokolvereine und alle dem Verbands angehörigen Volksvereine in Westpreußen.

Aus Nr. 60 des Lech (Gnesen)
vom 14. März 1911:**Abgeordneter von Dziembowski als polnischer Gesandter in Wien.**

Aus Wien telegraphiert man den Warschauer und galizischen Blättern:

Der Abgeordnete in dem preußischen Landtage Dr. Sigismund von Dziembowski ist gestern in den

Couloirs des Hauses erschienen und hat sich dem Grafen Sternberg vorgestellt, der bekanntlich einen Artikel über die Ausweisung aus Preußen geschrieben hat. Dann begab sich Dr. von Dziembowski mit dem Grafen Sternberg zu Dr. Lazarzski und Dr. Fiedler und sprach mit ihnen über die Ausweisung der Tschechen und Polen aus Preußen.

(Der Erläuterung wegen fügen wir hinzu, daß Graf Sternberg tschechischer Radikaler, Dr. Lazarzski Vorsitzender der polnischen Fraktion in Wien und Dr. Fiedler Präsident des tschechischen Klubs und der slawischen Union im österreichischen Reichsrat ist.)

Wenn der Inhalt des Telegramms der Wahrheit entspricht, dann kennt die Frechheit des Abgeordneten von Dziembowski allerdings keine Grenzen. Ein Mensch, der sich so wie der Abgeordnete von Dziembowski in der Reifener Angelegenheit kompromittiert hat, müßte, wenn er schon das Mandat nicht niederlegt, sich wenigstens ganz still verhalten. Herr von Dziembowski benutzt aber jede Gelegenheit, um von sich reden zu machen. In diesem Falle ist dem Abgeordneten von Dziembowski noch ein Vorwurf zu machen, nämlich der, daß er auf eigene Faust Politik treibt. Es ist nämlich nur schwer anzunehmen, daß ihm die Fraktion diese Mission anvertraut haben sollte. Es würde dies nicht das erste Mal sein, daß der Abgeordnete von Dziembowski hinter dem Rücken der Fraktion sich von seinem Ehrgeiz als Abgeordneter und Politiker hat treiben lassen. Es ist die höchste Zeit, Gelüsten und Ausschreitungen dieser Art ein Ende zu machen.

Aus Nr. 55 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 8. März 1911:**Parteihaß.**

Sie haben sich die Kleider auf dem Leibe zerrissen und die Haare ausgerauft aus Entrüstung über den Anblick der Sezession bei den letzten Wahlen in Posen. Sie deklamierten etwas von einer Vierteilung des Vaterlandes, von dem nahen Falle des Polentums, von Verrat und andern ähnlichen Dingen — unsere Konservativen.

Zweifelloos ist solch eine Sezession ein trauriges Ding. Wer hat sie aber hervorgerufen? Doch niemand anders als die Herren Sicinski, Jackowski und ihnen ähnliche Personen, die das Wahlregulativ vergewaltigten, um nur keinen der ungeheuren Mehrzahl der Wähler sympathischen Kandidaten durchzulassen.

Aus Verdrießlichkeit darüber, daß es ihnen nicht gelang, den Willen des Volkes zu knebeln, gründeten sie den Nationalbund, der alle Stände und politischen

Richtungen vereinigen sollte, damit in der Volksgesamtheit idyllische Ruhe und gegenseitige Liebe herrschen möchten. Über dieses Thema wurde so viel deklamiert, daß der Bund selbst aus Langeweile einschummerte und das Volk aufhörte, an den ehrlichen Willen jener zu glauben, die ihn gegründet hatten. Und es scheint Recht zu haben. Es bestätigt dies der Verlauf der letzten Generalversammlung der Delegierten der Wahlvereine in Posen. In dieser Versammlung sang ein gewisser konservativer Delegierter hohe Töne über die Schädlichkeit der Erzählung, daß sich in der Delegiertenversammlung verschiedene politische Richtungen bekämpften.

Dies waren Worte, doch die Taten bewiesen gleichzeitig etwas anderes. An Stelle des verstorbenen Prälaten Wawrzyniak wurde für das Provinzial-Wahlkomitee einer der wackersten Bürger, die wir kennen, der Rechtsanwalt Karpinski aus Gnesen, vorgeschlagen. Herr Rechtsanwalt Karpinski erfreut sich wegen seines rechtschaffenen Charakters auch unter den Konservativen allgemeiner Achtung. Er hat aber in ihren Augen einen und zwar sehr großen Fehler. Er ist nämlich ein sehr ausgesprochener Demokrat und verbirgt dies auch nicht. Sie hatten nun Gelegenheit zu zeigen, daß sie nicht umsonst über die Schädlichkeit des Bestehens von Parteien in der Volksgesamtheit deklamiert hätten, aber sie nutzten diese Gelegenheit nicht aus. Nicht ein einziger von ihnen stimmte für Herrn Karpinski, dem nur zwölf aufrichtig völkische Delegierte ihre Stimme gaben. Die Konservativen dagegen und mit ihnen alle Geistlichen, nur zwei ausgenommen, stimmten geschlossen für Herrn Dr. von Jackowski aus Broncezyn, der natürlich gewählt wurde.

Herr von Jackowski ist ein unveröhnlicher Feind der völkischen Bewegung. Es gibt sicher keinen zweiten Konservativen, der die völkische Bewegung so erbittert bekämpft wie er. Und dabei ist er noch ein Feind des polnischen Kaufmanns und Industriellen. Es ist ihm in seinem Leben sicher noch nicht passiert, daß er auch nur für einen Groschen beim Polen gekauft hat, und in den Versammlungen des landwirtschaftlichen Zentralvereins empfiehlt er jüdische und deutsche Fabrikate, trotzdem wir polnische Maschinenfabriken haben. Es ist viel darüber gesprochen worden und man hat ihm auch Vorwürfe gemacht, aber er hat auf sie nicht geantwortet.

Spricht die Wahl eines solchen Menschen für das Bestreben, in unserer Politik Frieden zu schaffen? Ich glaube nicht. Dies Verhalten muß vielmehr in weiten Kreisen der demokratisch denkenden Bevölkerung Erbitterung hervorrufen. Sie wird dafür auch bei Gelegenheit sagen: Wenn ihr solche Leute seid, dann werden auch wir euch dies bei Gelegenheit vergelten.

Nicht leere Phrasen sondern Taten fordern wir von euch zum Beweise dafür, daß ihr Herren Konservativen Frieden wollt, aber solche Taten sehen wir leider nicht bei euch. Deshalb werden wir auch fernerhin euch nicht glauben.

Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß vor zwei Jahren die Kandidatur des Propstes Kurzawski in Pafosch, der damals zum Mitglied des Provinzialkomitees gewählt werden sollte, stimmten. Gegen diesen verdienten Priester stellten sie einen Menschen, fast ein Bürschlein, ohne irgendwelche Verdienste auf und brachten ihn auch durch.

Das nennt man Parteihaß, und wir stellen diese Tatsachen so klar und deutlich fest, damit sich nicht naive Leute finden, die bei den bevorstehenden Wahlen den hohlen Deklamationen trauen werden, daß es bei uns keine Parteien gibt. Es gibt Parteien, und die konservative Partei zeichnet sich durch besondere Gehässigkeit aus; es ist dies dieselbe Partei, deren

Vertreter in das Posener Schloß gingen, um den Kürassierstiefel zu küssen, was ihnen aber nicht gelang, weil man sie in verschiedenen verborgenen Kämmerchen untergebracht hatte und sie infolgedessen keine Gelegenheit hatten, das zu zeigen, was sie verstehen.

An dies alles muß man bei den Wahlen denken und zu Delegierten und Komiteemitgliedern nur Leute wählen, deren völkische Gesinnung bekannt ist. Bis jetzt haben die völkischen Elemente stets ihren guten Willen gezeigt, Frieden zu halten. Aber was zu viel ist, das ist ungesund. Man hat uns genug an der Nase herumgeführt und die Langweiligkeit der völkischen Bewegung verspottet. Es ist die höchste Zeit, zu zeigen, daß auch das Volk das Recht hat, zu fordern, daß sich in den hervorragenden politischen Stellungen die wackersten Leute befinden, welche mit dem Volke Hand in Hand gehen und es verteidigen.

Aus Nr. 54, 55 und 56 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 7., 8. und 9. März 1911:

Die Jubiläumshauptversammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins.

Heute beginnen die dreitägigen Beratungen des landwirtschaftlichen Zentralvereins, feierlicher als sonst, denn in diesem Jahre begeht der Verein den fünfzigsten Jahrestag seiner Gründung.

Wie alljährlich, so hält auch diesmal der Geistliche Swinarski auf das Gedeihen des Vereins um 9^{1/2} Uhr in der Martinkirche eine Messe ab, und nachdem sich die Mitglieder im Bazarjaale versammelt hatten, eröffnete der päpstliche Kammerherr Dr. Thaddäus v. Jackowski die erste Plenarsitzung mit folgenden Worten:

Geehrte Herren!

Einen fröhlichen Tag haben wir erlebt. Ein halbes Jahrhundert Arbeit hat der landwirtschaftliche Zentralverein hinter sich. Gegründet durch unsere Väter zum Wohle der heimischen Landwirtschaft, ist er mit Gottes Hilfe gewachsen unter steter Vervollkommenung; heut umfaßt er 14 Filialvereine. Er ist eng mit dem Institut der Rustikalvereine verbunden, und er erwartet mit Ruhe, sowie mit Glauben an die Zukunft die weitere Arbeit, welche die Enkel und Urenkel der Generation der Gründer aufnehmen werden.

Die Geburt unseres Vereins begrüßte seiner Zeit unsere ganze Volksgemeinschaft mit Freude. Hervorragende Vertreter des Großgrundbesitzerstandes haben in der Geschichte dieses landwirtschaftlichen Instituts ihr schönes Blatt, und die Begeisterung für den Zentralverein war allgemein.

Er war nämlich neben der Landschaft unsere erste große Zusammenschauung zu wirtschaftlichen Zwecken, das erste Beispiel des Sichorganisierens und des Zusammenschlusses kleinerer Vereine zwecks gegenseitiger Förderung und Vervollkommenung der Arbeitsweise.

Als einziges Ziel steckte sich der landwirtschaftliche Zentralverein das Streben nach dem Gedeihen der Landwirtschaft. In dem Maße des Fortschreitens der landwirtschaftlichen Wissenschaft erwies sich als nötig, ein immer größeres Quantum Zeit den Beratungen zuzuwenden, um ungesäumt jede neue Erscheinung in der landwirtschaftlichen Praxis und Theorie aufzugreifen, zu prüfen und ihre Annahme oder Verwertung zu empfehlen.

Wie beschaffen diese Arbeit gewesen ist, das wissen wir aus unserem Jubiläumsbuche. Es spricht viel von den günstigen Ergebnissen der Mühen und Bestrebungen des Zentralvereins; aber mehr noch sprechen hiervon die wirtschaftlichen Erscheinungen unseres privaten und

Kollektivlebens. Gestiegen ist der allgemeine Wohlstand; das Großherzogtum Posen wurde aus einem armen ein wohlhabendes Land. Die landwirtschaftliche Produktion ist um mehr als das vierfache gestiegen. Während früher unser Boden nicht alle seine Kinder zu ernähren vermochte und ein Teil derselben jenseits des Meeres Brot suchen mußte, so hat diese Art Auswanderung aufgehört; heute exportieren wir keine Menschen mehr, sondern große Mengen landwirtschaftlicher Produkte dank der sachgemäßen Wirtschaftsweise, welche uns der landwirtschaftliche Zentralverein und die Rustikalvereine gelehrt haben.

Dieser großen Produktion, welche unterstützt wurde von der verständigen Zollpolitik der letzten Jahre und welche erleichtert wird durch das unausgesetzt verbesserte Netz von Eisenbahnen und Chausseen, verdanken wir die für das Großherzogtum so günstige Ausfuhr- und Einfuhrbilanz. Daher ist ersichtlich bei uns überall ein Reichtum an Varmitteln vorhanden, der die Notwendigkeit von Banken hervorgerufen und damit unsere zahlreichen Bankinstitute ins Leben gerufen hat.

Die Landwirtschaft liefert und liefert ihnen die Geldmittel. Sie sind im Grunde genommen vorzüglich und allseitig verwaltete Sparkassen, denen die landwirtschaftliche Bevölkerung direkt oder mittelbar ihren Jahreserwerb anvertraut, soweit sie ihn nicht im Landankauf oder in der Bodenmeliorierung anlegt. Die Depositen in unseren Groß- und Volksbanken sind ein Exponent des Wohlergehens der Landwirtschaft.

In den letzten Jahren stellt dieser Exponent eine hohe Ziffer dar. Leider hat sich im laufenden Wirtschaftsjahr die Summe der für die Landwirtschaft günstigen Bedingungen zu verringern begonnen. Es verbreiteten sich ansteckende Viehkrankheiten, was besonders die Einkünfte der Kleinwirte und Arbeiter schädigte. Die niedrigen Preise des Roggens, unseres Hauptausfuhrproduktes, machten sich allen fühlbar, und sie sind anscheinend die Folge der vernünftigeren Wirtschaftsweise, die in Rußland auf dem Gemeindeareal eingeführt wurde. Dieses ist seit Jahrhunderten gemeinsamer Besitz aller Einwohner der Gemeinde und wurde bisher schlecht ausgenützt.

Mit dieser Besserung der russischen Wirtschaftsweise wird der landwirtschaftliche Zentralverein in seinem zweiten fünfzigjährigen Zeitraum manchmal rechnen müssen. Wir werden auch das Zufließen von Getreide aus den fruchtbaren Ebenen Kleinasiens zu erwarten haben, wenn die gegenwärtig dort im Bau befindliche Bahn fertig sein wird. In Argentinien liegen noch ungeheure Flächen fruchtbaren Bodens brach, einer guten Verkehrsverbindung harrend.

Alles das kündigt an, daß auf die wenigen Jahre relativen Erfolges, wie wir sie jetzt hatten, wiederum Jahre des Mißerfolges folgen werden. Ich habe nur einige vermutliche Quellen dieser Änderung aufgezählt; man könnte ihrer jedoch leicht noch mehr herzahlen. Aber was uns auch die Zukunft bringen möge, sie wird uns vorbereitet finden auf den Kampf gegen das Schicksal. Ruhig werden wir ihm die Stirn bieten, und wir werden noch neue Proben aushalten, ebenso, wie wir ihrer schon so viele ausgehalten haben.

Nicht mit Furcht, sondern mit frohem Mut im Herzen treten wir in den neuen fünfzigjährigen Zeitraum des Zentralvereins ein, und wir werden den Weg weiter gehen, den die Gründer dieser unserer alma mater gewiesen haben, den Weg der Arbeit, der Sparsamkeit, und der Pflicht.

Die heitere Stimmung des heutigen Tages trübt uns einzig der Gedanke an die Genossen unserer Arbeit, die im ablaufenden Jubiläumsjahr des Zentralvereins verstorben sind, ohne die gegenwärtige Feier erlebt zu

haben. (Es folgen die Namen.) Wollen die Herren ihr Andenken durch Erheben von den Sitzen ehren.

Und nunmehr habe ich die Ehre, die Jubiläumshauptversammlung des Zentralvereins für eröffnet zu erklären. Ich ersuche Sie, den Verhandlungsleiter und die Schriftführer der Versammlung zu wählen."

Gewählt wurden zum Verhandlungsleiter und zu dessen Vertreter die Herren Dr. Roman v. Komierowski und Julian v. Brzeski. Ersterer dankt für die Berufung in das Amt und sagt:

Geehrte Herren! Ich danke herzlichst für die Ehre, womit Sie mich bedachten, indem Sie in diesem so feierlichen Augenblick unseres 50jährigen Jubiläums auf diese Estrade in die Reihen des Jubiläumsvorstandes auch die Jubilare unseres Bürgertums beriefen, die Sie in diesem Augenblick geehrt haben.

An dem heutigen so denkwürdigen Tage stehen wir vor dem Denkmal der fünfzigjährigen Arbeit unsres Großgrundbesitzes. Denkmäler von solcher Tragweite pflegt man unter unseren Umständen in den Volksgemeinschaften gewöhnlich mit entsprechenden Zeichen zu schmücken zwecks Hebung ihrer Bedeutung und ihres Glanzes. Anders bei uns. Zwei Standarten nur schmücken dieses Denkmal, i. d. die Standarte der Arbeit und der Hingebung. Bleiben wir diesen Standarten auch in Zukunft treu, dann werden wir nicht nur ihren Glanz erhalten, sondern sie auch erheben zum Andenken für die fernste Zukunft. Mit diesem Wunsche danke ich Ihnen, geehrte Herren nochmals für ihre Güte.

Es folgen die Namen der Herren, die sich unter Übersendung von Glückwünschen entschuldigt hatten.

Zu Schriftführern wurden berufen die Herren Thaddäus v. Jackowski jun. und Siegmund v. Chrzanowski.

Sodann legt der Verhandlungsleiter die Tagesordnung vor.

Herr Adolf v. Poninski wünscht, daß die Wahl des Vorsitzenden in einem besonderen Punkt der Tagesordnung vollzogen werde, womit die Versammlung einverstanden ist.

Zu Nr. 4 der Tagesordnung nimmt das Wort der Vorsitzende des Zentralvereins Dr. Thaddäus v. Jackowski. Er stellt die Verdienste des ersten Gründers des Vereins dar und beantragt, zu Ehrenmitgliedern zu ernennen die Herren Mieczysław Graf Kvilicki, Dr. Siegmund Szuldrzynski, Stanislaus v. Kurnatowski, Kasimir v. Chlapowski, Victor v. Unrug, Josef v. Grabski, sowie Michael v. Szaniecki aus Westpreußen. Die Versammlung ist einstimmig damit einverstanden.

Dr. Szuldrzynski dankt für diese Ernennung zugleich im Namen seiner übrigen Kollegen.

Der Verhandlungsleiter erteilt sodann das Wort dem Grafen Adam v. Zoltowski, welcher einen Überblick über die 50jährige Arbeit des Zentralvereins bietet.

Er bemerkt eingangs, unser Großgrundbesitzerstand habe während des ganzen halben Jahrhunderts aus allen Kräften jeden Fortschritt auf allen Gebieten gefördert und oft selbst die Initiative ergriffen, ohne Mühe und materiellen Beistand zu scheuen. Schon vor 50 Jahren habe man die Bedeutung des heimischen Gewerbes und Handels zu würdigen verstanden und sie nach Kräften unterstützt. Auf landwirtschaftlichem Gebiet habe man an der Popularisierung des landwirtschaftlichen Wissens gearbeitet und Fachschriften gegründet in Ermangelung einer Schule, die sich nicht habe erhalten lassen. An der Hebung des Bauernstandes habe man in den Rustikalvereinen gearbeitet, für die Wirtschaftsbeamten einen besonderen Verein gegründet. Mit einem Worte, man habe an alles

gedacht, an die Spezialzweige des landwirtschaftlichen Wissens, an die Hebung der verschiedenen Gesellschaftsklassen; auf keinem Gebiet habe es an Verständnis der Bedürfnisse, noch an gutem Willen und an Anstrengungen gefehlt, um diese Bedürfnisse zu befriedigen.

Die Verhältnisse, unter denen der Zentralverein seine Arbeiten begonnen habe, seien überaus schwierige gewesen; dabei habe jede Routine in der Kollektivarbeit gefehlt, und noch dazu habe die feindliche Haltung der Regierung systematisch jede selbstständige Regelung des Großgrundbesitzerstandes, die auf die Besserung der bestehenden Verhältnisse gerichtet war und sogar mit der Politik nichts gemein hatte, gehemmt.

In diesen schweren Kämpfen während der 50 Jahre sei es nicht ohne zahlreiche Opfer gegangen; die Reichen des großpolnischen Besitzertums seien sehr gelichtet worden, sehr viel Boden sei verloren gegangen. Verschiedene Ursachen hätten hierzu beizutragen, sowohl Leichtsin, als Ratlosigkeit, als auch Mangel an gehöriger fachlicher Ausbildung. Auch der Mangel an Kredit und später die Unfähigkeit, den Kredit zu gebrauchen, hätten dazu beigetragen. Aber die teuer erkauften Erfahrungen seien ausgenützt worden zwecks Besserung des Übels. Durch eifrige Arbeit sei unsere Landschaft, sowohl der Großgrundbesitz, als auch der bäuerliche, auf die Höhe der Forderungen der Zeit gelangt. Der Großgrundbesitz stehe, wenn gleich dezimiert, auf stärkerem Fundament als je. Der Bauer verstehe zu wirtschaften, lechze nach Boden und erwerbe solchen für teures Geld. Infolgedessen wachse in den Städten und Städtchen der Wohlstand, Handel und Gewerbe begannen immer mehr sich zu entwickeln.

Im allgemeinen vollzieht sich somit das Jubiläum des Zentralvereins unter einem günstigen Zeichen; aber wer wisse, was uns die Zukunft bringen werde. Man müsse also Gott vertrauen, eifrig arbeiten und sich durch nichts von der beruflichen und kulturellen Arbeit abbringen lassen. Die Einfachheit der alten Sitten hätten wir mit dem modernen Wissen zu verbinden, dann würden wir allen Pflichten gerecht werden, welche uns zufallen könnten. Warteten unser neue Niederlagen, so würden wir mit Mannhaftigkeit und mit kaltem Blute das retten, was sich retten lasse. Warteten unser Jahre des Erfolgs, so bedürfe es um so größerer seelischer Festigkeit, um Schwächen nicht nachzugeben und auf dem leichten Wege nicht aufzuhören. Bedürfen werde es um so größerer Arbeit, um so größerer Sparsamkeit, damit die künftigen Generationen uns nicht vorwürfen, daß wir die Gelegenheit, den väterlichen Besitz zu mehren, leichtsinnig verabsäumt hätten.

Der Jubiläumsmoment sei gelegen, um eine Bilanz der landwirtschaftlich-wirtschaftlichen Tätigkeit aufzustellen:

- a) in technischer Hinsicht — lauter Fortschritt,
- b) in wirtschaftlicher Hinsicht — es drohe ein Mangel an Boden,
- c) Überfluß an Kleinkapital, welches angesichts der unmöglichen Parzellierung schwer Anlage finde,
- d) daher walte die gefährliche Tendenz ob, allzu große Güter mit allzuwenig Kapital zu erwerben. Das werde die Sorge der künftigen Generationen sein.

Den Bericht über die Tätigkeit des Zentralvereins erstattete das Vorstandsmitglied Herr Leo v. Plucinski.

Eingangs gibt er die Zusammensetzung des Vorstands des Zentralvereins und die Zahl der Mitglieder — 750 — an. An Stelle des Herrn Josef v. Chlapowski, des Patrons der Rustikalvereine, sei Herr v. Raszewski-Jasin gewählt worden.

Im Vorstande hätten die Ainter niedergelegt die Herren v. Brzeski-Krotoszyn und v. Poninski-Roscielec. An ihre Stelle seien gewählt worden die Herren Dr. v. Brodnicki und Leo v. Plucinski.

In den Vorstandssitzungen habe man sich befaßt mit der Angelegenheit des Mißverständnisses zwischen dem Vorstand und der bisherigen Sektion der Brenner, mit dem Antrag der Vereine Pleschen-Abelnau wegen Änderung der Form der Abstimmung bei den Wahlen zum Zentralvorstande, mit dem Antrag der Vereine Gostyn — Posen — Samter um Schaffung fester Sektionen: einer allgemeinen einer für Ackerbau und einer solchen für Inventaraufzucht. Der Vorstand habe beschlossen, daß die politische Presse als solche Zutritt zu den Versammlungen des Zentral- und der Filialvereine nicht fordern könne. Der Vorstand habe beschlossen, ein Jubiläumsbuch herauszugeben, welches eine Geschichte der großpolnischen Landwirtschaft enthalte.

Auf dem internationalen landwirtschaftlichen Kongreß sei der Zentralverein durch Herrn Johann v. Jostowski-Gzacz und Alexander Graf Szembek-Siemianice vertreten gewesen.

Am 80. Geburtstage des früheren Vorsitzenden des Zentralvereins Dr. Siegmund Szuldrzynski habe der Vorstand dem Jubilar eine entsprechende Adresse eingehändigt.

Der Vorstand habe beschlossen, unter Verständigung mit den versammelten Vizepatronen der Rustikalvereine die Satzungen der letzteren entsprechend zu ändern. Wie in früheren Jahren, so hätten auch im verfloßenen Prüfungen für Wirtschaftsbeamte stattgefunden.

Unter Nr. 8 der Tagesordnung berichtete der Patron der Rustikalvereine Herr Gustav v. Raszewski über die Tätigkeit im Jahre 1910.

Dieser erste Bericht nach der erst im November erfolgten Übernahme des Patronats könne — so sagte der Referent — naturgemäß nicht erschöpfend sein. Die bedeutungsvollste Tatsache in der Institution der Rustikalvereine sei der Rücktritt des Herrn Josef v. Chlapowski.

Seine Tätigkeit sei überaus fruchtbar gewesen. Nachdem er nach dem Tode Maximilian v. Jackowskis 216 Rustikalvereine übernommen, übergebe er ungefähr 350 Vereine. Die Zahl der Mitglieder sei von 8000 auf 17 000 gewachsen. Während früher die Zahl der die Versammlungen besuchenden Bauernsöhne sich auf kaum 300 belaufen habe, betrage ihre Zahl heute schon 1000. Der Patron v. Chlapowski habe das Vermögen der Rustikalvereine verdoppelt, und zu welcher Blüte er die Bauernwirtschaften gebracht habe, das wüßten wir alle.

Gleichzeitig mit dem Patron v. Chlapowski habe Herr Kasimir Brownsford, der Redakteur des „wirtschaftlichen Ratgebers“ das Amt des Schriftführers der Rustikalvereine niedergelegt. Das sei für die Vereine gleichfalls ein Verlust; denn er habe die Bedürfnisse der Rustikalvereine gründlich gekannt und gewußt, wie diesen Bedürfnissen abzuhefen sei. Aber ganz habe er sich nicht von der Arbeit zurückgezogen; er werde weiterhin tätig sein als Vizepatron für die Stadt Posen. An dieser Stelle sei sein Verdienst in der Einrichtung von wissenschaftlichen Kursen für Bauern hervorzuheben, die er vorzüglich organisiert habe. Dafür gebühre ihm herzlicher Dank.

Der allgemeine Bericht über die Tätigkeit der Rustikalvereine an sich sei in diesem Jahre insoweit noch mehr erschwert, als gewiß niemals so viele Vereine es verabsäumt hätten, spezielle Berichte einzusenden, wie in diesem Jahre. Alles was sich in dieser Hinsicht habe und werde sammeln lassen, werde in dem Jahrbuch der Rustikalvereine Aufnahme finden.

Nach dem vorigen Bericht habe es 351 Rustikalvereine gegeben, im verflossenen Jahre seien 12 hinzugekommen, sodaß ihrer 363 sein sollten. Leider sei diese Zahl nicht genau, da auch solche Vereine hinzugerechnet worden seien, welche bereits zu bestehen aufgehört hätten. Man habe gehofft, daß sie aufwachen und zu arbeiten beginnen würden. Tatsächlich bestünden nur 351 Vereine. Berichte hätten 268 eingesandt, die insgesamt 16 658 Sitzungen abgehalten hätten. Hauptversammlungen hätten 19 stattgefunden. Man habe zwei größere und zwei kleinere Ausstellungen veranstaltet. Die Statistik hätten 211 Vereine ausgefüllt. Da nicht alle Vereine Berichte eingesandt hätten, sei es schwer, eine genaue Übersicht über die Verwendung künstlicher Düngemittel, über das Drainieren, die Zahl der stationierten Bullen, die Aufnahme von Landschaftsdarstellungen usw. zu bieten. Man könne jedoch mit Freude vermerken, daß die Rechnungsführung große Fortschritte gemacht habe. Beweis hierfür seien die zur Prämierung eingesandten Wirtschaftsbücher.

Im allgemeinen schritten unsere Bauern in landwirtschaftlicher Hinsicht fort und ihre Einkünfte vergrößerten sich bedeutend. Eine große Niederlage für sie wie für alle Viehzüchter sei die Maul- und Klauenseuche gewesen, welche den ganzen Handel mit Rindvieh lahmgelegt habe.

In der Organisation der Vereine seien gewisse Änderungen vorgekommen. Durch Teilung der Kreise seien neue Bizepatrone entstanden, deren Zahl jetzt 34 betrage. Mit Freude begrüße der Patron ferner den Beschluß des landwirtschaftlichen Vereins Schubin-Znin, der seine Mitglieder verpflichtet habe, in den Rustikalvereinen seines Bezirks Vorträge zu halten; denn im Anfange sei die Beteiligung der Großgrundbesitzer an der Arbeit in den Rustikalvereinen noch unzulänglich. Das Beispiel des erwähnten Vereins werde vielleicht auch andere nach sich ziehen. Schließlich danke der Patron der Geistlichkeit für die Hut und Arbeit in den Rustikalvereinen; dafür gebühre ihr der Dank der ganzen Volksgemeinschaft. Das mächtige Gebäude der Rustikalvereine sei bereits errichtet; jetzt gelte es, an seiner Vollendung zu arbeiten.

Auf dem letzten Punkt der Tagesordnung stand die Änderung des § 12 der Satzungen des Zentralvereins und der § 21 des Regulativs. Berichterstatter ist das Vorstandsmitglied Dr. Thaddäus Szuldrzynski. Die aus den Herren Patron v. Rajewski, R. Brownford, Leo v. Plucinski und Dr. Thaddäus Szuldrzynski bestehende Kommission hat neue Satzungen für die Rustikalvereine ausgearbeitet.

Alle Rustikalvereine schließen sich zu einem Verbande zusammen, was bisher noch nicht der Fall war. Zweck des Verbandes ist die Hebung des Standes der Bauernwirtschaften. Der Verband der Rustikalvereine ist eng mit dem landwirtschaftlichen Zentralverein verbunden. Organe des Verbandes sind: der Patron, das Patronat, die Bizepatrone und die Vorsitzenden der einzelnen Rustikalvereine.

Die folgenden Paragraphen der vorgelegten Satzungen betreffen die Wahl und die Pflichten des Patrons.

Ganz neu ist die Schaffung eines Patronatsbeirats, der sich aus 6 Mitgliedern zusammensetzt und von den Bizepatronen gewählt wird. Die Bizepatrone werden von den Vorsitzenden der Rustikalvereine gewählt und vom Patron bestätigt. Die weiteren Paragraphen regeln die Obliegenheiten der Bizepatrone. Die einzelnen Rustikalvereine wählen wie bisher ihre Vorsitzenden.

Diese Satzungsänderung wurde nötig infolge des ungeheuren Wachstums der Rustikalvereine.

Auf den vom Filialverein Pleichen-Adelnau gestellten Antrag ist der Vorstand des Zentralvereins mit der Änderung des § 21 des Beratungsregulativs in dem Wortlaut einverstanden, daß bei den Wahlen der Vorstandsmitglieder nicht die einfache, sondern die absolute Stimmenmehrheit entscheiden soll.

Nach dem Referat des Herrn Dr. Szuldrzynski verliest der Verhandlungsleiter einen Antrag, betreffend die Zahlung der Beiträge in den Filialvereinen und hebt dann die Sitzung um $1\frac{1}{2}$ Uhr auf.

Beratung der Sektionen.

Allgemeine Sektion.

Gestern 3 Uhr nachmittags eröffnete der Sektionsvorsitzende die Sitzung, indem er zu Schriftführern die Herren Tempiski und Raj. v. Ponikiewski berief. Dann erteilte er das Wort Herrn Dr. Hebanowski, welcher über die kaufmännische Seite der ländlichen Wirtschaft sprach.

(Das Referat bietet nichts politisch Bemerkenswertes. Red. d. Ges. überbl.)

Das Referat rief eine lebhafte Diskussion hervor, in welcher der Vorsitzende Dr. v. Jackowski die Frage aufwarf, auf welche Weise dem Landwirt die Information über die Preise zu erleichtern sei. Er schlägt vor, zu diesem Zwecke eine Art Zentrale zu schaffen, die vermittelt des Ziemianin über die erzielten Preise berichten würde.

Dann erteilte der Vorsitzende das Wort Herrn Konczynski. Dieser sprach über das Thema: „Was haben wir im verflossenen Jahre gelernt?“

(Der Vortrag war rein landwirtschaftlicher Natur. Red. d. Ges. überbl.)

Sektion für Arbeiterangelegenheiten.

Unmittelbar nach Beendigung der Beratungen der allgemeinen Sektion begannen die der Sektion für Arbeiterangelegenheiten.

Der Vertreter des Vorsitzenden Herr Znaniacki, Kontocin, berief zu Schriftführern die Herren J. v. Rie-mojowski und Eichowicz und erteilte das Wort dem Grafen Szembek-Wysocko. Dieser sprach über Arbeiterwohnungen.

Der letzte Vortragende am gestrigen Tage war Herr Leo v. Plucinski, welcher über das Thema sprach: „Die Position der Leutelhöhne in der wirtschaftlichen Bilanz“.

(Beide Vorträge boten in politischer Hinsicht nichts. Red. d. Ges. überbl.)

Am zweiten Tage begannen die Beratungen früh 9 Uhr in der Ackerbauktion. Hier referierten Dr. v. Brodnicki, Koluda, über Zuckerrübenanbau und Jordan, Golaschin, über die Landbestellungsmethoden Demczynski und Zehnmayr. In der Sektion für Inventaraufzucht referierten v. Rajewski, Jasin, über „Zuchtverbände und Verbände zur Milchkontrolle“, v. Loffow über mechanisches Melken und v. Kurnatowski über ansteckende Krankheiten des Inventars und deren Bekämpfung.

In der technischen und Fabrikktion referierten v. Urbanowski, Zajonskovo, über den Bau und die von einer größeren Bäckerei Gebrauch machen werden. Verwendung von Pferdebahnen, v. Jackowski, Wronczyn, über genossenschaftliche Darren.

Die zweite Plenarsitzung eröffnet der Verhandlungsleiter um 11 Uhr.

Er ersucht die neu ernannten Ehrenmitglieder, auf der Estrade Platz zu nehmen und händigt ihnen die Diplome aus. Sodann trägt er dem Schriftführer auf, die Anträge, welche zur Entscheidung der Hauptversammlung gestellt sind, bekannt zu geben. Sie betreffen:

1. die Gründung einer Frauensektion,
2. die Einziehung der Beiträge im voraus.

Herr Julian v. Brzeski verliest die von verschiedenen Seiten her für den Zentralverein eingelaufenen Glückwünsche; dann erhalten die Referenten das Wort zur Verlesung der Protokolle über die Beratungen der einzelnen Sektionen.

Bei Nr. 2 der Tagesordnung erfolgt die Wahl des Vorstandes. Zum Vorsitzenden wurde mit 226 von 245 Stimmen der päpstliche Kammerherr Dr. Thaddäus v. Jackowski gewählt. Er erklärt, er habe die Absicht gehabt, das Amt niederzulegen, einzig deswegen, weil er geglaubt habe, er besitze nicht das Vertrauen einer großen Zahl von Mitgliedern. Die Wahl habe bewiesen, daß er sich geirrt habe, und darum danke er für das Vertrauen und erkläre, daß er die Wahl annehme.

Sodann zeichnet er die künftigen Aufgaben des Zentralvereins und appelliert an die Filialvereine, sie möchten sich in der neuen Ära aufrichtig an die Arbeit machen; besonders in den neu geschaffenen Sektionen.

In den Zentralvorstand wurden die Herren Thaddäus Szuldrzynski, Julian v. Dziembowski und Kasimir Brownsford gewählt.

Herr v. Chrzanowski, Koscianti, referiert über das Thema: „Inwieweit kann die Wirtschaft ohne Ruhezinventar unter Berücksichtigung von Grün- und künstlichem Düng die höchste Rente abwerfen und den Acker in entsprechender Kultur erhalten?“

Auf dem letzten Punkt der Tagesordnung stehen Anträge. Der von Lossow und Genossen eingebrachte Antrag auf Vorausbezahlung der Beiträge wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ein zweiter Antrag des Herrn Grafen Adam Zoltowski auf Konstituierung einer Frauensektion wird angenommen und dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Verhandlungsleiter dankt dem Vorstand des Zentralvereins für die festliche Vorbereitung der Jubiläumsversammlung, den Vortragenden, den Gästen, sowie den Teilnehmern und schließt die Sitzung um 2 Uhr.

Die Beteiligung an der Jubiläumsversammlung war so zahlreich wie selten. Der ganze BazarSaal war dicht gefüllt. Ein zahlreicher Kreis von Damen der Mitglieder hörte den Beratungen zu.

Aus Nr. 62 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 16. März 1911:

Die Bauernbank (Bank Włościański) in Posen

hielt am 13. d. M., 3 Uhr nachmittags, unter der Leitung des Aufsichtsrats-Vorsitzenden Grafen Mieczyslaus Kwilecki-Dporowo ihre Hauptversammlung ab.

Das Referat über die Tätigkeit der Bank im Jahre 1910 erstattete der Direktor, Herr Dr. Honcia, indem er die bedeutende Steigerung des Umsatzes in allen Konten hervorhob. Der Gewinn für das Jahr 1910 wird die Gewährung einer höheren Dividende als 10% ermöglichen; aber mit Rücksicht auf die Erhöhung des Anlagekapitals und die Stärkung der Reserven enthielten sich Vorstand und Aufsichtsrat der Erhöhung der Dividende.

Im Namen der Revisions-Kommission erstattete Herr B. Mojzowski aus Posen Bericht. Der Reingewinn für das Jahr 1910 im Betrage von 105 480,37 Mk. wurde nach dem Vorschlage des Vorstandes und des Aufsichtsrats wie folgt geteilt: Zu Dividende und Superdividende wurden 60 000 Mk. bestimmt, zu

Tantiemen für den Vorstand, den Aufsichtsrat und die Beamten 24 950 Mk., zum Reservefonds 10 548,05 Mk., zum Emeritenfonds 5000 Mk., zum Talonsteuerfonds 2000 Mk. Der Rest von 2 982,32 Mk. wurde auf das Jahr 1911 übertragen. Die Bank zahlt somit für das verflossene Jahr 10% Dividende.

In den Aufsichtsrat wurden auf 4 Jahre wieder gewählt Dr. Siegmund Celichowski-Kurnik, Justizrat Cichowicz-Posen und Dr. Stan. Jerzykowski-Posen. An Stelle des Herrn Wlad. Jerzykiewicz, der das Amt eines Mitglieds des Aufsichtsrats niederlegte, aber weiterhin ständig Vertreter des Direktors blieb, wurde Herr Gustav v. Raszewski-Jasin, der Patron der Rustikalvereine auf 2 Jahre gewählt.

Um 5 Uhr fand eine außerordentliche Hauptversammlung statt, auf deren Tagesordnung die Erhöhung des Anlagekapitals auf 1½ Millionen Mark und die Änderung der Satzungen stand.

Einmütig war die Versammlung mit dem Vorschlag einverstanden, daß alle neuen Aktien in Höhe von 900 000 Mk. von einem gewissen Konsortium übernommen würden, welches verpflichtet ist, den bisherigen Aktionären auf 3 bisherige Aktien zu 300 Mk. eine neue 1000 Mark-Aktie der II. Emission für 1050 Mk. anzubieten, den Rest aber durch Vermittelung der Bauernbank zu 1300 Mk. für die Aktie zu verkaufen.

Alle weiteren Vorschläge des Vorstandes und Aufsichtsrats, betreffend die Änderung der Satzungen, wurden nach längerer Diskussion angenommen. Das notarielle Protokoll führte Herr Rechtsanwalt von Trompczynski.

Aus Nr. 56 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 9. März 1911:

Der Verein zur Fürsorge für katholische Kinder

hielt gestern abend im geschlossenen Zirkel im Saale des Hotel de France in Posen eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Sie wurde eröffnet vom Propst Malinski, dem Vorsitzenden des Vereins, der als Verhandlungsleiter Herrn Johann Suchowiak und als Schriftführerin Frau Maniewska vorschlug.

Die von Herrn Suchowiak verlesene Tagesordnung wurde angenommen. Sodann nahm Propst Malinski das Wort, um ein Referat über die Zwangserziehung der Kinder zu halten. Redner bot einen erschöpfenden Überblick über die Ursachen und Folgen der Zwangserziehung und illustrierte ihn mit aus dem Leben gegriffenen Beispielen.

Für den überaus lehrreichen Vortrag dankte Herr Suchowiak dem Referenten in seinem und der Versammlung Namen.

Das zweite Referat fiel aus, weil der Referent, Herr v. Dziembowski, der gegenwärtig als Abgeordneter in Berlin weilt, nicht hatte erscheinen können.

Der folgende Punkt der Tagesordnung war die Änderung der Satzungen. Zu diesem Gegenstande ergriff das Wort Herr Suchowiak, um die vom Vorstand vorgeschlagenen Änderungen zu erläutern. Sie betreffen hauptsächlich organisatorische Fragen. Alle Vorschläge wurden angenommen.

Frau Wieganska erstattete als Schriftführerin des Vereins Bericht über dessen Tätigkeit. Die Entwicklung des Vereins ist nach jeder Richtung hin ersichtlich. Hinzugekommen sind etwa 400 Mitglieder. Darum haben sich auch die Einkünfte gehoben, was wiederum die Möglichkeit bietet, sich der unglücklichen Jugend mehr anzunehmen.

Bei der freien Aussprache berührten einzelne Damen noch unwesentlichere Fragen, bezüglich deren seitens des Vorstandes Aufklärung geboten wurde. Damit wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Nr. 3 des Zjednoczenie (Posen)
vom 5. März 1911:

P o s e n .

Am 7. Februar d. J. fand im BazarSaale die erste Generalversammlung des Vereins der Landwirtinnen statt.

Die Versammlung wurde eröffnet von der Vorsitzenden Frau von Turno aus Slomowo.

In kurzen Worten stellte die Vorsitzende das Ziel des neugegründeten Vereins dar, das da ist: Bestrebung nach Verbreitung der Kultur, die sich auf die christlichen Grundsätze stützt.

Nach dem Verlesen des Protokolls über die im Dezember stattgefundene Versammlung hielt Pfarrer Wisiecki aus Posen einen Vortrag, in dem er das Gebiet der Tätigkeit des neuen Vereins beleuchtete.

Frau Wanda Potworowska verlas die Satzungen des „Vereins der Landwirtinnen“ Towarzystwo Ziemiańskie, mit denen sich die Mitglieder einverstanden erklärten.

Der bisherige Vorstand wurde von der Versammlung bestätigt. Er besteht aus folgenden Damen:

1. Frau L. von Turno, Vorsitzende,
2. Frau Gräfin Wniska-Pietronki bei Kolmar, Schriftführerin,
3. Frau Stef. Broedere-Kunowo bei Pierschno, Kassiererin.

Dem Vorstande gehören außerdem noch an:

Fräulein Marie v. Lebieniska, Kionczyn,
Frau Anna v. Moszczenska, Stempuchowo,
Frau Wanda v. Kiegoslewska, Kiegoslewo,
Frau Gräfin Maria Potocka, Piontkowo Wpr.,
Fräulein Wanda v. Potworowska, Gola,
Frau v. Stabiewska, Antonin,
Frau Emilie v. Zatrzevska, Mirosławice.

Es wurde sodann noch über die Teilung des Vereins in Bezirke verhandelt. Jeder Bezirk soll im allgemeinen einen Kreis umfassen. An der Spitze des Bezirks wird die Bezirksleiterin stehen. Die Bezirksversammlungen sollen mindestens viermal im Jahre stattfinden.

Die Berichte über die einzelnen Versammlungen sollen an den Hauptvorstand gesandt werden, der aus ihnen den Bericht für die Jahreshauptversammlung zusammenstellen wird.

In Preußen wird sich mit der Organisation in Bezirke Frau Gräfin Potocka befassen.

Aus Nr. 3 des Zjednoczenie (Posen)
vom 1. März 1911:

Verein der Landwirtinnen.

Die Aufgaben und die Organisation.

Referat aus der Generalversammlung
vom 7. Februar 1911.

Geehrte Damen!

Wir stehen schon seit Jahren unter dem Zeichen der Organisation unserer Gesamtheit. Fast alle Schichten und Volkstände schließen sich ohne Ausnahme zusammen, um ihre Ziele und Aufgaben durchzuführen. So haben z. B. die Arbeiter einerseits ihre polnisch-katholischen Arbeitervereine und andererseits den Berufsverband. Die Handwerker bilden für sich die Industrie-

vereine, die Kaufleute kaufmännische Vereine, die erwerbstätigen Frauen haben ihren eigenen Verband, die Jugend vereinigt sich in den Lehrlings- und Gesellenvereinen, sowie in den Vereinen junger Kaufleute usw. Eigene Organisationen besitzen seit langer Zeit die Ärzte und Rechtsanwälte, die Geistlichen haben vor vier Jahren einen Verband der Geistlichen ins Leben gerufen, welcher unsere beiden Erzdiozesen umfaßt. Ebenso haben unsere in dem landwirtschaftlichen Zentralverein vereinigten Landwirte das Bedürfnis der gemeinschaftlichen Arbeit anerkannt und für die kleineren Landwirte die so glänzend entwickelten landwirtschaftlichen Vereine ins Leben gerufen.

In dieser großen Kette, welche unsere Gesamtheit umspannt, fehlte bisher noch ein sehr wichtiges Glied, ohne welches es schwer war, unsere vielseitige soziale Arbeit zu verrichten. Uns fehlte bisher die Organisation, der Verein der polnischen Landwirtinnen.

Daher muß man mit Freuden und mit großer Befriedigung den schönen Gedanken der Gründung einer ähnlichen Organisation begrüßen, welche für uns alle und das Wohl der Allgemeinheit notwendig und unermesslich nützlich ist.

Man hat mich um ein Referat gebeten, welches das Arbeitsfeld für den neuen Verein darstellen und welches andererseits die Notwendigkeit der Organisation unserer Landwirtinnen nachweisen würde.

Ich werde heute daher verschiedene Gebiete der sozialen Arbeit auf dem Lande berühren müssen. Ich werde sprechen über Sachen und Werte, welche den geehrten Damen unzweifelhaft vollkommen bekannt sind, welche mit großem Vorteil für die gute Sache in schon zahlreichen Ortschaften unternommen worden sind und in der Praxis unzweifelhaft besser ausgeführt werden können, als dies das vorliegende Referat in allgemeinen großen Zügen darstellen kann.

Zweck des Vereins der Landwirtinnen ist nach den Satzungen, wie den geehrten Damen wohl bekannt sein dürfte, die Tätigkeit der Frau auf dem Lande in wirtschaftlicher, humaner und ethisch-religiöser Richtung. Ausgeschlossen ist nur die Politik.

Die neue Organisation der Landwirtinnen soll nun wirklich nach den Satzungen die gesamte soziale Frauenarbeit auf dem Dorfe umfassen.

Die Lösung und die Anregung zur sozialen Arbeit zum Wohle der Nation erschallen überall mit gewaltigem Echo, und es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn sie irgendwo nötig ist, dann ist sie bei uns, in unseren traurigen und schweren Verhältnissen hundertmal mehr nötig, als irgend wo anders. Unsere Lage ist insofern schwieriger, da uns der Fremde in keiner Weise unterstützt, er gibt uns nur das, was er durchaus auf Grund der Staatsgesetze geben muß und wir sind dann froh, wenn die ruhige Entwicklung unserer Angelegenheiten nicht gestört wird. Daher ist uns eigene Hilfe und eigene Arbeit nötig, welche wir durchaus unternehmen müssen und für die sich gerade die Gesamtheit so organisiert, wie ich es mir gestattet habe, den geehrten Damen darzustellen.

Zur gemeinsamen bürgerlichen Arbeit stellen sich gegenwärtig zugleich mit uns in die Reihe unsere Landwirtinnen, was noch mit größerer Anerkennung hervorzuheben ist, daß große Gebiete der sozialen Arbeit bestehen, welche eine Mannesperson weder unternehmen noch leiten kann und zu welcher naturgemäß nur Frauen berufen sind und welche nur sie leiten können.

Ich würde zunächst an die Spitze die Arbeit für die Kinder und die Jugend setzen. So manche dunkle Seite der heutigen sozialen Verhältnisse hat unzweifelhaft ihre Quelle in der Erziehungsfrage. Die Säuglingszeit, die Zeit der Kinderjahre, die Zeit der so gefährlichen Übergangsjahre, welche so mangel-

haft mit Schutz umgeben ist, wenn der Organismus gebrechlich und schwach ist und die Seele und das Herz für alle bösen Einflüsse leicht empfänglich ist, die man dann nicht mehr entwurzeln kann, dies alles bedeutet eine große Gefahr für die Jugend und damit für die Volksgesamtheit. Es ist kein Wunder, daß in dieser Beziehung alle einstimmig die Arbeit als eine der wichtigsten Faktoren unseres sozialen Lebens ansehen.

Und wie groß sind gerade hier auf unserem Dorfe die Bedürfnisse, wieviel Kummer, Schutz und Arbeit muß man hier anwenden, um gerade in dieser Beziehung die ungeheuren Mängel beseitigen zu können. Auf diesem Gebiete ist vor allen Dingen die Hand der Frau, ihr Herz und ihre Arbeit notwendig. Die Frau kann und muß unzweifelhaft sich am besten und am einfachsten an die Art nützlicher und angenehmer Arbeit herannähern.

Die geehrten Damen wissen wohl ganz gut, welche Unkenntnis man bei den ländlichen Frauen hinsichtlich der Pflege der Säuglinge vorfindet, welche Vorurteile, welche traurigen Verhältnisse dort zu finden sind und die Statistik weist uns leider heute noch einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz der Sterblichkeit der Säuglinge in unseren Dörfern nach. Hier ist also Lehre und Hilfe nötig, Hilfe, zu welcher im Namen der heiligen Pflicht eine intelligente Frau auf dem Dorfe berufen ist.

Ebenso wenig sind die elementaren Grundzüge der Erziehung bekannt. Daher gibt es von Jugend auf so viele unglückliche und verstümmelte Kinderherzen, eine ganze Legion von ländlichen Kindern bleibt in Verlassenheit und in häßlicher Verwahrlosung — oft aus Nachlässigkeit, — oft aus Notwendigkeit, denn der Vater, die Mutter und die älteren Familienmitglieder befinden sich auf Arbeit. Unter diesen Verhältnissen kann nicht nur von einer rationellen Erziehung die Rede sein, sondern die Kinder haben oft über sich gar keine Obhut. In vielen Fällen, sogar öfter noch als man es auf den ersten Augenblick annehmen könnte, entstehen hieraus sogar große Nachteile nicht nur allein für die Kleinen, sondern auch für die Gesamtheit. Die Statistik weist nach, daß in den letzten fünf Jahren in Ostpreußen 206 Brandstiftungsfälle durch verlassene Kinder vorgekommen sind. In den Jahren von 1887 bis 1901, also in einem Zeitraum von 15 Jahren sind im ganzen Königreich Preußen 15 706 solcher traurigen Fälle notiert worden. Also auch hier ist Hilfe und Schutz, welchen vor allen Dingen unsere Landwirtin geben kann und muß, notwendig. Die sogenannten Krippen, Bewahranstalten und Spielschulen für Kinder, welche heute schon in vielen Orten bestehen und von Frauen geleitet werden, erfüllen ihre Aufgaben vortrefflich.

Traurig sind weiter unsere Schulverhältnisse, daher ist und muß das kulturelle Niveau der heranwachsenden Jugend sehr niedrig sein. Die Erziehung und die Lehre gibt keine und kann auch keine derartige Kenntnisse und bessere Gefühle geben. Die Familie kann diese Mängel nicht beseitigen. Daher ist es kein Wunder, daß sich die Klagen über den Mangel des zärtlichen Gefühls bei der ländlichen heranwachsenden Jugend mehren, es mangelt an nützlichem und edlem Gefühl. Man kann oft sogar eine gewisse Art von Stumpfsinn bei der Unterscheidung des Guten vom Bösen bemerken. Edlen Unterhaltungen und ehrbaren Vergnügungen kann man heute bei der Jugend sehr wenig begegnen.

Das ist aber wieder eine der schönsten Aufgaben für unsere Damen, das ergründen von Mitteln und Wegen, mit deren Hilfe man so vielen Mängeln und Unzulänglichkeiten vorbeugen kann.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nr. 10 des Robotnik (Posen)
vom 12. März 1911:

Der heilige Vater.

Die diesjährige Delegiertenversammlung hat auf Antrag des Vereins der Pfarrparochie in Posen, welchen der Referent Herr Mizgalski aus Ostrowo zum Ausdruck brachte, folgendes Telegramm an den heiligen Vater abgesandt.

Die Delegierten des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter der Erzdiözese Gnesen-Posen sprechen Dir, heiliger Vater, im Namen ihrer 30 000 Mitbrüder vor Deinem Throne die Ausdrücke der allertiefsten Ehrerbietung und kindlichen Gehorsamkeit aus.

Indem wir das schwere Unrecht, welches der apostolische Stuhl besonders zu unseren Zeiten erfahren hat, in frischer Erinnerung haben, geloben wir, daß wir den Glauben bewahren und nach der unfehlbaren Lehre der heiligen römisch-katholischen Kirche leben werden.

Darauf ist aus Rom folgende Antwort eingegangen:

Der heilige Vater dankt für die Ausdrücke kindlicher Gehorsamkeit der Delegierten des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter der Erzdiözese Gnesen-Posen, welche ihm im Namen aller Mitglieder der Verbandsvereine übersandt worden sind.

Kardinal Merry del Val.

An
den hochwürdigen Prälaten
Anton Stychel,
Propst der Pfarrkirche
in Posen.

Aus Nr. 32 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 16. März 1911:

Generalversammlung der Volksbank in Schildberg.

Die heutige Generalversammlung eröffnete kurz nach 2 Uhr der Vorsitzende des Aufsichtsrats Geistlicher Hubert aus Mikorzyń und übernahm mit Zustimmung der Versammlung die Leitung derselben. Nachdem er dem Andenken des verstorbenen Patrons Wawrzyniak einige Worte weihte, schritt er zur Erledigung der Tagesordnung. Zum Schriftführer wurde Herr St. Marweg berufen.

Den Kassenbericht erstattete Herr Dirska. Der Umsatz betrug 2 872 934,31 Mark in der Einnahme und 2 868 253,01 Mark in der Ausgabe. Zur Disposition der Generalversammlung verblieben 8 327,72 Mark. Die Bilanz wies die Summe von 1 260 712,85 Mark auf. Auf's Jahr 1911 gingen 968 Mitglieder über.

In der Debatte über den Kassenbericht ergriff das Wort Propst Hubert, welcher die günstige Entwicklung der Bank feststellte, dann erstattete er den Tätigkeitsbericht des Aufsichtsrats.

Herr Dr. Hulewicz forderte in dem gedruckten Jahresbericht mehr statistische Daten, vor allen Dingen wünschte er zu wissen, welche Stände die Gelder sparten und welche Darlehn aufnahmen. In dieser Angelegenheit sprachen noch Geistlicher Hubert und Herr Dirska, eine sachliche Aufklärung gab Herr Dr. Zychli. Es zeigte sich, daß die besten Sparer die in der Fremde arbeitenden Arbeiter sind. Vier Fünftel der Bankgelder nahmen die Landwirtschaft, ein Fünftel die Handwerker als Darlehn auf. Nunmehr wurde dem Aufsichtsrat und dem Vorstand Entlastung erteilt.

Die der Generalversammlung zur Disposition gestellte Summe wurde folgendermaßen verteilt: fünf

Prozent als Dividende, zehn Prozent dem Reservefonds, den Rest der Spezialreserve.

In der Diskussion über die Verteilung dieser Summe ergriffen Propst Hubert, die Herren Dirška, Wodniakowski und Dr. Zychi das Wort.

Nun schritt man zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern. Auf Antrag des Geistlichen Ludwiczak erfolgte die Wahl durch Zettel. Es sind wiedergewählt worden: Wladislaus Wodniakowski und Konstantin Konarski; an Stelle des Herrn Potocki ist Herr W. Cieplik gewählt worden.

In den „Freien Anträgen“ stellte Geistlicher Ludwiczak den Antrag, die *Gazeta Ostrowska* zum Organ der Bank zu machen. Der Antrag kommt erst in der nächsten Generalversammlung zur Beratung.

Aus Nr. 29 der *Gazeta Ostrowska* (Ostrowo)
vom 9. März 1911:

Die Versammlung der Kollekteure des Volksbibliothekenvereins für den Kreis Ostrowo,

welche vom Schatzmeister Geistlichen Kowalczyk einberufen wurde, fand Montag, den 6. März d. J. im katholischen Vereinshause statt. Die Kollekteure stellten sich ziemlich zahlreich ein — an der Versammlung nahmen 47 teil, entschuldigt haben sich 9 und ohne Entschuldigung blieben 14 der Versammlung fern.

Nach Eröffnung der Versammlung gab der Kreisschatzmeister einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Kasse, und in wie weit die einzelnen Ortschaften im Kreise durch Beiträge zur Entwicklung des Volksbibliothekenvereins beigetragen haben. Aus dem Bericht geht hervor, daß in einigen Ortschaften die Beträge im laufenden Jahre zurückgegangen sind. Schuld daran ist die Tatsache, daß im verflossenen Jahre zu wenig Agitationsversammlungen (14) abgehalten worden sind, und daß die Kollekteure die Angelegenheit verschlafen haben, indem sie mit der Einziehung der Beiträge bis zum letzten Augenblick warteten. Dem Beschlusse der vorjährigen Versammlung der Kollekteure — nach Möglichkeit in jeder Ortschaft eine Versammlung des Bibliothekenvereins zu veranstalten — folgend, veranstaltete das Komitee im Laufe dieses Jahres bis jetzt 33 Versammlungen, so daß mit Ausnahme nur einiger Ortschaften die Agitation zugunsten des Volksbibliothekenvereins fast überall stattgefunden hat. Infolgedessen sind auch die Beiträge reichlicher geflossen, und überall läßt sich ein Fortschritt feststellen. Indes, die Agitation allein reicht nicht aus, es ist eine intensivere Arbeit der Kollekteure und vor allen Dingen das ist eine notwendig, mit dem Einsammeln der Beiträge nicht bis zum letzten Augenblick zu warten.

Über diesen Punkt entspann sich eine lebhafteste Diskussion, an welcher teilgenommen haben: Jurek aus Kępna, Waleczak aus Włocławek, Stodolny aus Fabianowo, Rudnicki aus Przysgodzice, Franka aus Skrzyszowa und andere. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen: Die Kollekteure sind verpflichtet, mindestens zweimal im Jahre, und zwar das erste Mal vom November bis Mitte Dezember, das zweite Mal vom April bis Mitte Mai, die Beträge zu sammeln und sie dem Bezirksvorstand abzuliefern. Da, wo es notwendig erscheint, sind die Beiträge auch vierteljährlich einzuziehen.

Nach Annahme dieser Resolution schlägt der Schatzmeister vor, daß jeder Kollekteur sich einen Helfer nehmen solle. In Anbetracht dessen wurde folgende Resolution angenommen:

Die Kollekteure sind verpflichtet, bis zum 1. April sich einen Helfer zu suchen, der ihnen helfen und im Todesfalle des Kollekteurs, dessen Amt übernehmen könnte. In den freien Anträgen verlangen die Kollekteure eine baldmögliche Einberufung einer Versammlung nach Gostyczyn, Skrzyszowa, Żelaznowo und Swielagowo in die Wege zu leiten. Daraufhin wurde die Versammlung geschlossen.

Mit Vergnügen stellen wir fest, daß man aus dem ganzen Verlauf der Versammlung erschen konnte, welche Begeisterung, Liebe und Aufopferung unter den Kollekteuren in der für die der Entwicklung unsrer Gesamtheit so wichtigen Sache herrscht.

Aus Nr. 62 des *Postep* (Posen)
vom 16. März 1911:

Die Wahlfrage

im Wahlbezirk Jaroschin-Pleschen-Koschmin-Protoschin ist aktuell geworden. Die Wahlkomitees fangen an, Wählerversammlungen einzuberufen — vorigen Sonntag fanden schon drei Wählerversammlungen statt — für den künftigen Sonntag sind auch schon mehrere Versammlungen angekündigt worden.

In dem fraglichen Wahlbezirk hat man als Kandidaten den Propst Kurzawski aus Pakosch, der erst nach verschiedenen Seitensprüngen das Abgeordnetenmandat angenommen hat, aufgestellt. Indes fing in diesem Wahlbezirk auch der Professor a. D. Dr. Karwowski aus Posen an zu kandidieren. Dieser hielt in der Wählerversammlung in Koschmin, welche vorigen Sonntag stattgefunden hat, eine Kandidatenrede, nach welcher er als Kandidat angenommen und als erster aufgestellt wurde, obwohl das Wahlkomitee eigentlich für Propst Kurzawski war.

Von mehreren Seiten des Wahlbezirks sind wir angefragt worden, welchen politischen Anschauungen Professor a. D. Dr. Karwowski, der in der dortigen Gegend völlig unbekannt ist, huldigt.

Schon aus seiner in Koschmin gehaltenen Rede konnte man entnehmen, daß Dr. Karwowski ein durch und durch konservativer Mann ist, der die Versöhnungspolitik, die Politik des Nichtreizens unterstützt. Er ist dafür, daß die Abgeordneten in Berlin durch persönliche Einflüsse die Schärfe der antipolnischen Gesetze abstumpfen, daher ist er auch Gegner von Brandreden.

Prof. Dr. Karwowski gehört zu den Leuten, die die demokratisch-volksparteiliche Bewegung leidenschaftlich bekämpfen, er gehört auch zu den Initiatoren der Gründung des „Nationalbundes“, durch welchen unsere Konservativen jeglichen unabhängigen politischen Gedanken töten wollen.

Als Stadtverordneter der Stadt Posen hat Professor Karwowski mehrere Male die Versöhnungspolitik unterstützt und jegliche Opposition direkt leidenschaftlich bekämpft.

Wir wundern uns sehr, daß Professor Dr. Karwowski, obwohl er einen Teil seines Lebens im Auslande verbrachte, nicht demokratische Grundsätze angenommen, mindestens die Anschauungen des Volkes nicht völlig begriffen hat.

Die demokratischen Anhänger, die Anhänger der Volksbewegung können und dürfen auf keinen Fall die Kandidatur des Professors Karwowski unterstützen, und in dem Wahlbezirk, in welchem die Ergänzungswahlen stattfinden sollen, ist doch der größte Teil der Wähler demokratisch und volksparteilich, welchen Beweis sie geliefert haben, als sie mit der Politik des Abgeordneten Jagdzewski sich nicht einverstanden erklärten. Professor Dr. Karwowski übersteigt in dieser Beziehung

noch den verstorbenen Geistlichen Jazdzewski, obwohl er ihm in der politischen Geschicklichkeit nicht das Wasser reichen kann, da er keine Gelegenheit hatte, sich darin zu betätigen.

Es wundert uns, daß die Wahlkomitees und die Wähler sich so ohne weiteres mit dieser Kandidatur einverstanden erklären. Die Wahlkomitees kennen doch die Anschauungen des Professor Dr. Karwowski. Politisch geschulte Wähler fragen den sich vorstellenden Kandidaten um seine Ansicht in den verschiedenen Sachen — bei uns geschieht dergleichen nicht. Es genügt den Wählern, wenn der Kandidat bekennet, daß er ein guter Pole und Katholik sei, und daß seine Vorfahren für das Vaterland Blut vergossen hätten. Er beruft sich auf das Andenken Kosciuszko, daß auch er so trenn auf seinem Posten stehen werde.

Den ungeschulten Wählern gefallen diese schönrednerischen Wendungen, obwohl zur Genüge bekannt ist, daß jeder Abgeordneten kandidat in erster Linie ein guter Pole sein muß, auch wenn er seine verdienten Vorfahren nicht aufzählt. Mit den letzteren braucht man sich nicht allzusehr stolz zu machen, denn es ist eine unabwiesbare Bedingung, daß jeder Abgeordneten kandidat ein guter polnischer Bürger sein muß.

Unsere Lesern und Anhängern der Volksbewegung raten wir, die Kandidatur des Professor Dr. Karwowski in den künftigen Wählerversammlungen entschieden zu bekämpfen.

Wir treten nicht gegen die Person des Professors Karwowski auf, wohl aber gegen die von ihm getriebene antidemokratische Politik, deren leidenschaftlicher Anhänger er ist.

Wir können uns auch nicht damit einverstanden erklären, daß man in die polnische Fraktion in Berlin solche Abgeordneten einführt, die der Zukunft uneingedenk, auch weiterhin den Faden der Versöhnungspolitik spinnen wollen und Gegner von parlamentarischen Brandreden sind.

Wir schreiben dies offen, damit es die demokratischen Wähler wissen, daß Herr Professor Dr. Karwowski ein entschiedener Bekämpfer der demokratischen volksparteilichen Bewegung ist.

Aus Nr. 59 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 12. März 1911:

Propst Kurzawski nimmt die Kandidatur an.

Zwischen der geistlichen Behörde und Propst Kurzawski ist es, in Sachen seiner Kandidatur, schließlich zu einer Verständigung gekommen. Infolgedessen hat Propst Kurzawski entschieden erklärt, er werde die Kandidatur annehmen.

Der Goniec Wielkopolski (Posen) schreibt hierzu in Nr. 60 vom 13. März:

Wie wir erfahren, haben alle Kreiskomitees den schriftlichen Verzicht des Pfarrers Kurzawski auf die Kandidatur erhalten. Das setzte die Kurzerpartei in große Verlegenheit, und darum suchte man im letzten Augenblick den Pfarrer Kurzawski zur Zurücknahme des Verzichts zu zwingen. Man begann nach allen Richtungen hin zu telefonieren und verursachte damit Verwirrung. Wie soll man das nennen? War denn die Zeit zum überlegen so kurz?

Aus Nr. 59 des Postep (Posen)

vom 12. März 1901:

Gefährliche Lehrzeit.

Aus der Provinz im März.

Es naht die Osterzeit, eine Zeit, die den Eltern viel Kummer schafft, wo und in welche Lehre sie den Sohn, der die Schule verläßt, geben sollen. Ich habe es nicht im Sinne, darüber zu schreiben, was ein jeder werden soll, sondern hier geht es darum, zu wem der Junge in die Lehre gegeben werden soll. Es wird viel gemurmelt, daß die Jugend der polnischen Nationalität und dem katholischen Glauben verloren gehe. Viele Gründe werden hierfür angegeben, nur den wichtigsten Grund vergißt man zu sagen, nämlich den, daß viele Eltern ihre Söhne Deutschen in die Lehre geben. Dort sorgt man durch Verlassen dessen, was uns heilig ist, durch deutsche Blätter und Bücher systematisch dafür, daß die Knaben für ihre Nationalität gleichgültig werden. Nur wenige von diesen Jünglingen werden auch gute Polen. Die Behauptung vieler Eltern, daß die Söhne bei Deutschen besser das Handwerk erlernen, ist irrig. Der polnische Handwerker gibt dem Deutschen in nichts nach — Stümper gibts überall. Der Deutsche wird euren Sohn auch nicht besser behandeln als der Pole — nur sieht man beim Fremden nicht so viel wie bei Seinesgleichen. Ein großer Fehler ist auch das Geben der polnischen Jugend in die Lehre zu Deutschen nach Berlin. Dadurch haben wir schon viel polnische Jugend verloren. Hier versündigen sich nicht so sehr die Eltern aus dem Großherzogtum, wie die aus Oberschlesien, ja sogar Galizien. Gehen wir die Arbeitsbureaus in Berlin durch, und wir werden staunen, wieviel polnische Namen wir zu hören bekommen. — All dieses Volk ist für uns verloren — das sind alles Kinder von Eltern, die ihren Nachwuchs nach Berlin geschickt haben. Den Durchschnittsberliner interessieren die Polen wenig, es kümmert ihn wenig, was sein Lehrling ist, Hauptsache ist, daß er eine billige Kraft bekommt. Diese fortwährende gottlose und deutsche Umgebung tötet allmählich alle nationalen Elemente. Vielleicht wird jemand darauf sagen: „In Berlin mag ja so geschehen, aber hier in der Heimat kann es unter Polen nicht so schlimm sein.“ Natürlich kann nur so derjenige sprechen, der immer im Großherzogtum weilte. Wer jedoch mehrere Jahre in der Fremde war und dann in die Heimat zurückkehrt, der fühlt erst die deutsche Verbißtheit und Heuchelei im Großherzogtum, die nirgends so blühen, wie gerade hier. Der polnische Jüngling lernt in Berlin ebenso gut, wenn nicht schlechter aus als im Großherzogtum oder in Schlesien. Die polnische Handwerkerjugend, eine der besten Kräfte des Handwerks in Berlin, hat im Großherzogtum überwiegend bei Polen ihre Lehrzeit beendet. Daraus ist also zu ersehen, daß diese Lehre nicht schlecht sein konnte. Die polnische Jugend kommt nach Berlin in die Lehre hauptsächlich durch die Vermittlung von Agenten, welche überwiegend in Arbeiterzeitleitungen inserieren.

Vor einigen Jahren erzählte mir wie auch einigen andern Herren ein mir gut bekannter Agent (Arbeitsvermittler für die Bäckergehilfen in Berlin), daß es wiederum ein Geschäft geben werde, weil er — als er sich besuchsweise in Oberschlesien und Galizien aufgehalten habe — in mehreren Zeitungen habe inserieren lassen, daß er Bäckerlehrlinge nach Berlin gebrauche. In der einen Zeitung gab er an, daß er 50, in der zweiten, daß er 100, in der dritten, daß er 150 Lehrlinge brauche. Wieviel Lehrlinge sich gemeldet haben, weiß ich nicht; doch ich hörte, daß das Geschäft sich gut bezahlt gemacht habe. — — —

Wie die Deutschen uns nichts gönnen, so dürfen auch wir nicht gleichgültig darauf blicken, wie die Eltern ihre Söhne zu Deutschen in die Lehre geben, welche dann durch die besten Kräfte unsrer Jugend zu Vermögen kommen und uns unsre Jugend demoralisieren.

Ein Meister.

Aus Nr. 3 des Zjednoczenie (Posen)
vom 5. März 1911:

Frauenleseverein.

W r e j c h e n.

Die Jahres-Generalversammlung unseres Vereins fand am 2. Februar d. J. statt. Von 66 Mitgliedern waren 49 erschienen. Nach Erledigung der laufenden Sachen gab der Vorsitzende, Geistliche Labendzki, einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung des Vereins, der sich ebenso wie im ersten Jahre seines Bestehens guter Resultate zu erfreuen hat.

Aus dem Berichte des Schriftführers erfahren wir, daß der Frauenleseverein in Breschen am 6. März 1910 gegründet worden ist und zwar auf Veranlassung des Zjednoczenie. Sämtliche in der ersten Versammlung anwesenden Damen, 36 an der Zahl, traten dem Verein als Mitglieder bei.

Im verflossenen Jahre fanden 11 Mitgliederversammlungen und etliche Vorstandssitzungen statt. In jeder Versammlung wurde ein Vortrag wissenschaftlichen oder geschichtlichen Inhalts gehalten, es sind in den Versammlungen Dichtungen deklamiert und 11 verschiedene Lieder eingeübt worden.

Die im Oktober abgehaltene Versammlung war der Grundwaldfeier gewidmet, im Dezember ehrte man das Andenken des Komponisten Chopin.

Der Bericht der Kassiererin weist in den Einnahmen 195,15 Mark, in den Ausgaben 166,14 Mark nach.

Der Verein besitzt 132 Bücher. Darunter befinden sich 51 poetische und geschichtliche Werke, der Rest der Bücher ist belehrenden Inhalts aus den verschiedensten Gebieten.

Nach den Vorschriften der Satzungen wurden in diesem Jahre für die Hauptämter Vertreterinnen gewählt. Als Vertreterin des Vorsitzenden wurde einstimmig die um die Entwicklung des Vereins so verdienstvolle Frau Marie Thiel gewählt, stellvertretende Schriftführerin ist Frau St. Jafubowska, stellvertretende Kassiererin Frau Blucinska, stellvertretende Bibliothekarin Frau Chmielnik geworden. Als Delegierte für den Delegiertentag des Zjednoczenie wurde Frau von Zychlinska aus Goradzewo und Frau E. Lisiecka aus Breschen gewählt.

Aus Nr. 9 des Robotnik (Posen)
vom 5. März 1911:

M i e s c h k o w.

Am 26. Februar fand hier selbst eine öffentliche Versammlung statt, die von dem Propste Donat eröffnet wurde. Zu dieser Versammlung war der Generalsekretär des Verbands der katholischen Vereine polnischer Arbeiter, Geistlicher Lisiecki aus Posen, erschienen, der den Versammelten Zwecke und Ziele der Arbeitervereine erklärte. Auf die Frage des Propstes Donat, ob die Versammelten mit der Gründung eines Arbeitervereins einverstanden wären, erfolgte zusage Antwort; 104 Personen erklärten sofort ihren Beitritt.

Patron des Vereins ist nach den Satzungen Propst Donat, zum Vizepatron wurde Herr von Taczanowski aus Szpylowo gewählt.

In den Vorstand wählte man:

M. Kubiak, Vorsitzender,
M. Mandyla, stellvertretender Vorsitzender,
W. Zenker, Schriftführer,
J. Musielak, Kassierer.

Die Versammlungen des Vereins finden an jedem zweiten Sonntag im Monat statt.

Aus Nr. 53 des Dziennik Kujawski (Hohenstaufen)
vom 5. März 1911:

Aufruf an den Kreis Mogilno.

Dem Kreise Mogilno ist die hohe Ehre zuteil geworden, die sterblichen Überreste unseres „Königs der Tat“, des verstorbenen Prälaten Peter Wawrzyniak, aufzunehmen.

Trotz seiner umfangreichen Tätigkeit liebte unser unvergeßlicher Patron besonders dieses sein nächstes Arbeitsgebiet und sein Herz zog ihn hierher. Deshalb hat er sich auch den einsamen Kirchhofshügel am Mogilnoer See zur ewigen Ruhestätte ausgewählt, während seine Verdienste ihm schon die Tore der großen nationalen Pantheons zur Aufnahme seiner sterblichen Überreste geöffnet hatten.

Wenn ganz Polen mit Verehrung und Dankbarkeit auf die Taten dieses großen Geistlichen und Bürgers geblickt hatte, so richten sich heute die Blicke desselben Polens auf den Grabhügel, der seine sterblichen Überreste bedeckt.

Wir haben unserem Kreise das ihm gebührende Recht errungen, die Gebeine dieses unseres Piaten auf der Grenze zwischen dem Kruschwitz der Piaten und Gnesen zur Erde zu bestatten; hierdurch aber haben wir die ernste Pflicht übernommen, sein Grab durch ein Denkmal zu ehren, das, so weit dies unsere Kräfte gestatten, seiner Bedeutung würdig sein soll.

An euch, ihr Bewohner des Kreises Mogilno, wenden wir uns mit der innigen Bitte, euch mit Gaben zur Errichtung eines Grabdenkmals für den verstorbenen Prälaten Wawrzyniak auf dem Kirchhofe in Mogilno zu beteiligen.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Bewohner des ganzen Kreises ohne Unterschied der Stände, sowohl einzelne Personen als auch Vereine, besonders aber jene, für welche der Verstorbene am meisten gearbeitet hatte, ihren Groschen zur Errichtung eines Denkmals beitragen werden. Mögen jene Personen aus ganz Polen, welche die Ruhestätte des Königs der Tat besuchen werden, erkennen, daß der Kreis Mogilno die ihm von ganz Polen auferlegte ehrenvolle Pflicht gehörig erfüllt hat.

M o g i l n o, den 3. März 1911.

Das Komitee:

M. Barz, Erlong.
Leofil Banza, Wiccanowo.
W. Bonk, Kozlowo.
Boguslawski, Goryschewo.
Stan. Braniewicz, Gembitz.
Geistlicher Brodowski, Mogilno.
Stan. Chrzanowski, Gozdawa.
Graf Dombowski, Dobieszewice.
Jozef Domieracki, Olscha.
Dokowicz, Kruchowo.
M. Draheim, Ramionek.
J. Dziembowski, Sochnitz.
Kas. Filijewicz, Mogilno.
Marian Frezer, Swierkowiec.
Leon Gorny, Jägerndorf.
Propst Greinert, Gembitz.

Balerian Herbst, Strzyzewo.
Bron. Junk, Mogilno.
Mathias Lewandowski, Stephanswalde.
J. Kantak, Tremessen.
Fr. Karow, Gembitz.
A. Konieczka, Mogilno.
Propst Kurzawski, Pakosch.
Boleslaus Maciejewski, Kirchen Palendzie.
Peter Bloszynski, Mogilno.
Aug. Rachuj, Wilatowen.
Ezeaslaus Rogala, Mogilno.
Fr. Sobiecki, Padniewko.
Propst Skoracki, Orkowo.
Sylv. Solinski, Niestronno.
Propst Szudzynski, Mogilno.
Ant. Tulodzicki, Tremessen.
Geistlicher Rat Wjorowski, Kwieciszewo.
Johann Wojewodzki, Pakosch.

Gaben bitten wir an die Bank Ludowy in Mogilno zu senden.

Aus Nr. 53 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 5. März 1911:

Nach ein Opfer des Ansiedelungsgesetzes.

Aus Gniwkowo*) haben wir nachstehende Korrespondenz erhalten:

Seitdem das Ansiedelungsgesetz ins Leben getreten ist, hat es sich auch bei uns in Gniwkowo bemerkbar gemacht, am empfindlichsten aber dem Herrn B. Walter, der noch vor Inkrafttreten des Ansiedelungsgesetzes von der polnischen Parzellierungsbank in Posen einige Morgen Land gekauft hatte. Man gab ihm den Konsens zum Bau einer Windmühle, sämtlichen Wirtschaftsgebäuden und des Wohnhäuschens. Da Herr Walter nicht die nötigen Geldmittel zum Bau eines Wohnhauses nach den Anforderungen der Polizei hatte, richtete er sich für kurze Zeit eine kleine Wohnung ein, bestehend aus einem Stübchen und einer Küche. Inzwischen trat das Ansiedelungsgesetz ins Leben. Vergeblich waren alle Bemühungen des Herrn W., den Konsens zum Bau des Hauses zu erlangen. Es begannen Streitigkeiten, es wurde ihm mit Polizeistrafen gedroht, und schließlich wurde er aus dem angebauten Hüttchen hinausgeworfen.

Seitdem begannen für Herrn W. schwere Tage. Durch den Aufenthalt und das Schlafen in der Scheue erkältete sich seine Frau und holte sich eine ernsthafteste Krankheit. Trotz aller ärztlichen Ratschläge und Arzneien ist sie sogar zur allerleichtesten häuslichen Arbeit unfähig, so daß Herr Walter gezwungen war, außer seiner Arbeit noch die häuslichen Verrichtungen und die Erziehung der Kinder zu übernehmen. Und so sind fünf Jahre vorübergegangen und — man kann es dreist behaupten — er hat das ihn schwer verfolgende Schicksal mit der Geduld des gerechten Hiob ertragen, denn er hatte nicht nur durch die Krankheit seiner Frau, sondern auch durch die Verfolgungen der Polizei schwer zu leiden gehabt. Aber damit nicht genug. Infolge des Übermaßes an Arbeit und Unbequemlichkeiten zog auch er sich eine Krankheit zu. Er lag über fünf Monate krank darnieder und als seine Gesundheit wieder zurückzukehren begann, über sandte man ihm im November v. J. ein Strafmandat über 60 M., falls er nicht innerhalb acht Tagen seine Wohnung verlassen würde.

*) Aus dem Inhalt des Artikels ist nicht ersichtlich, ob es sich um „Eichenhain“, Kreis Gnesen, oder um „Argenau“, Kreis Hohensalza, handelt. — Die Red. des Ges.-Überbl.

Wo sollte er bleiben und wo sein Inventar lassen? Der kränklliche Mann reist selbst zum Landrat, stellt sie ihm vor und bittet ihn, mit Rücksicht auf seine traurige Lage den Termin hinauszuschieben. Hier auf erhielt er einen ablehnenden Bescheid. Weil er sich aber um nur einen Tag verspätet hatte, wurde ihm eine Geldstrafe von 60 M. auferlegt, die er im Januar d. J. bezahlen mußte.

Unser Korrespondent klagt zum Schluß über die intelligenten Leute, daß sie sich nicht des Schicksals des armen Opfers der antipolnischen Politik angenommen haben. Diese Bemerkungen bringen wir nicht, um nicht den Eindruck abzuschwächen, den die Beschreibung des vorstehenden Blümchens der preußischen Kultur hervorrufen muß.

In der ganzen zivilisierten Welt, soweit in ihr das Gefühl für Gerechtigkeit noch nicht völlig erstorben ist, muß die vorstehend angeführte Tatsache Entrüstung und Mitleid für das arme Opfer hervorrufen, das lediglich nur durch sein Polentum geündigt hat.

Es ist dies nicht das erste und sicherlich nicht das letzte Opfer der antipolnischen Politik und besonders des Ansiedelungsgesetzes, das die Preußen auf dem Gewissen haben. Freilich geschieht dies alles im Namen des Gesetzes, aber eines solchen Gesetzes, das die Übermacht diktiert hat. Es gibt aber noch ein anderes Gesetz, das der allerhöchste Richter im Himmel macht. Er zählt die Tränen und Leiden des armen polnischen Volkes, das von der preußischen Polizei aus der eigenen Hütte entfernt und der Kälte und dem Hunger preisgegeben wird. Gottes Mühlen mahlen langsam aber sicher und einst wird er schreckliche Abrechnung mit jenen halten, die ihn vergessen haben und nur ihrer eigenen Kraft vertrauen.

Aus Nr. 3 des Zjednoczenie (Posen)
vom 5. März 1911:

Hohensalza.

Frauenleseverein.

In der Versammlung im November wurde ein schöner Vortrag über das Thema „die Bestrebungen nach der Befreiung des Vaterlandes durch die Waffe — Lied und Arbeit“ gehalten. Diesen interessanten Vortrag hatte Fräulein J. M. ausgearbeitet; weil die Verfasserin aber zu der Versammlung selbst nicht erscheinen konnte, wurde er von dem Fräulein St. M. vorgelesen. Die Versammlung wurde vervollständigt durch einige Deklamationen.

A. Gl., stellv. Schriftführerin.

Aus Nr. 10 des Przemysławiec (Posen)
vom 5. März 1911:

Birnbaum.

In der letzten Generalversammlung ist folgende Änderung eingetreten:

Leo Nawrocki, Vorsitzender.
Stan. Bzdzi, stellv. Vorsitzender.
Ant. Kokocinski, Kassierer.
Aug. Kutner, Schriftführer.
Leo Wyrwa, stellv. Schriftführer.
Joh. Janton, Bibliothekar.
Joh. Bartkowiak, stellv. Bibliothekar.

Aus Nr. 10 des Przemysłowiec (Posen)
vom 5. März 1911:

O b o r n i e.

In der am 22. Januar er. abgehaltenen Generalversammlung des Industrievereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

St. Mazer, Vorsitzender.
J. Schmidt, stellv. Vorsitzender.
M. Thiel, Schriftführer.
Wl. Piek, Kassierer.
J. Bordwiał, Bibliothekar.

Aus Nr. 5 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 1. März 1911:

B r o m b e r g.

In der am 8. Februar er. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde folgender Vorstand gewählt:

Leo Krzywinski, Vorsitzender.
Dr. Stan. Wiewiorowski, stellv. Vorsitzender.
Józ. Żelinski, Schriftführer.
Józ. Christmann, stellv. Schriftführer.
Rom. Żalajewski, Kassierer.
Joh. Drowek, Bibliothekar.

Aus Nr. 5 der Gazeta dla Kobiet (Posen)
vom 12. März 1911:

H o h e n s a l z a.

Im Arbeiterinnenverein Jedność wurde für das Jahr 1911 folgender Vorstand gewählt:

Elisabeth Rybszlegier, Vorsitzende.
Marie Sobota, stellv. Vorsitzende.
Helene Olkiewicz, Kassiererin.
Michalina Mazurek, Schriftführerin.
Anna Szulc, stellv. Schriftführerin.
Wiktoria Szulc, Bibliothekarin.
Sophie Szulc, stellv. Bibliothekarin.

Aus Nr. 3 des Spiewak (Posen)
vom 1. März 1911:

P r z y g o d z i c e.

In der am 1. Februar er. abgehaltenen Generalversammlung wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

A. Misiał, Vorsitzender.
W. Kolodziej, Schriftführer.
C. Sodolski, Kassierer.

Aus Nr. 3 des Spiewak (Posen)
vom 1. März 1911:

O s t r o w o.

In der am 9. Februar abgehaltenen Generalversammlung des Gesangsvereins ist der nachstehende Vorstand gewählt worden:

Geistlicher Ludwiczak, Pawlicki, Szczepanski, Baldowski, Geistlicher Tloczynski, Hoffmann, Gądryś und Jz. Wloch.

Aus Nr. 3 des Spiewak (Posen)
vom 1. März 1911:

R o s c h m i n.

In der am 2. Februar abgehaltenen Generalversammlung wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

P. Stachowski, W. Wiczerński, M. Kolaszki, Sz. Alter, J. Borowski, J. Januszewski, J. Siniecki und A. Gwiadźda.

Aus Nr. 3 des Spiewak (Posen)
vom 1. März 1911:

P l e s z e n.

In der am 23. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Gesangsvereins Lutnia wurde folgender Vorstand gewählt:

J. Gorecki, Vorsitzender.
A. Piścz, stellv. Vorsitzender.
W. Kuczyński, Schriftführer.
M. Weichmann, Kassierer.
Stefaniał, Dirigent.
L. Wrzyżczynski, Bibliothekar.
B. Nowakowski und
W. Kapela, Beisitzer.

Aus Nr. 3 des Spiewak (Posen)
vom 1. März 1911:

S c h w e r s e n z.

In der am 26. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Gesangsvereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Cabanski, Vorsitzender.
Łoza, stellv. Vorsitzender.
Frankowski, Schriftführer.
Gruszczyński, Kassierer.
M. Fieł, Dirigent.

Aus Nr. 3 des Spiewak (Posen)
vom 1. März 1911:

G ö r c h e n.

In der am 22. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Gesangsvereins wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Brzeskwiniewicz, Vorsitzender.
A. Rastrent, Schriftführer.
J. Mrugałski, Kassierer.
A. Pujanek, Bibliothekar.
J. Bartkiewicz und
M. Schwarz, Beisitzer.

Aus Nr. 3 des Spiewak (Posen)
vom 1. März 1911:

W i t k o w o.

In der am 9. Februar abgehaltenen Generalversammlung des Gesangsvereins Harmonia wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

J. Polczynski, Vorsitzender.
A. Dłgorkiewicz, stellv. Vorsitzender.
J. Cieslawski, Schriftführer.
A. Wejelowski, Kassierer.
A. Deszkowski, Bibliothekar.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 29 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 9. März 1911:

Aus der Marienwerder Gegend wird uns mitgeteilt, daß in der dortigen Niederung einige Wirtschaften aus deutschen Händen erworben werden können. Vor drei Jahren hat sich dort ein Pole angesiedelt, der mit dem Kauf sehr zufrieden ist. Er wünscht, daß sich dort noch mehr Polen ansiedeln. Meldungen sind zu richten an den Wirt Herrn Michael Orminski in Ruffenau bei Gr. Nebräu, Kr. Marienwerder Wpr.

Aus Nr. 29 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 9. März 1911:

Unter der Überschrift

„Geistlichkeit und Genossenschaften“

schreibt die Gaz. Gd. hinsichtlich des den Geistlichen der Erzdiözesen Gnesen-Posen gewährten Dispenses, Genossenschaftsämter bis auf die Dauer von zwei Jahren noch versehen zu dürfen, folgendes:

Die obige Mitteilung, welche aus maßgebender Quelle stammt, besagt nicht, ob auch die geistlichen Behörden in Westpreußen und Schlesien einen ähnlichen, oder ob sie in dieser Angelegenheit überhaupt einen Standpunkt eingenommen haben. In Oberschlesien sind die polnischen Geistlichen, soviel wir wissen, an den Genossenschaften nicht aktiv beteiligt, dagegen nimmt ein Teil der polnischen Geistlichen in Westpreußen durch die Verwaltung von Vorstands- und Aufsichtsratsämtern hervorragenden Anteil am Genossenschaftsleben.

Aus Nr. 30 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. März 1911:

Unter der Überschrift

„Ein deutscher Beamter über die antipolnische Politik“

gibt die Gaz. Grudz. den Inhalt des unter obiger Epithete in der Zukunft veröffentlichten Artikels wieder und bemerkt dazu:

Angeichts der beständigen Forderung der Polenfreßer, daß die Regierung mit der Enteignung beginnen solle und angeichts der am 14. Februar im Abgeordnetenhaus vom preußischen Minister v. Dallwitz und vom Abgeordneten v. Kardoff ausgesprochenen Angriffsworte, aus denen hervorging, daß die preußische Regierung einen Kampf bis zum äußersten mit uns zu führen beabsichtigt, sind Auslassungen der Art, wie sie jener deutsche Beamte in der Zukunft gemacht hat, sehr besänftigend, und sie beweisen, daß den vernünftigen Deutschen der Kampf mit den Polen schon anfangs ordentlich langweilig zu werden. Wir nehmen nicht an, daß sie auf die Entschliessungen der Regierung einen entscheidenden Einfluß ausüben könnten, denn der Hafatismus ist sehr verbreitet.

Aber sie sind, es sei dem wie es wolle, sehr bezeichnend; denn sie beweisen, daß sich das Gerechtigkeitsgefühl nicht einmal durch die Polenfreßer töten läßt. Was der Verfasser dann schließlich über die polnische Presse, über die polnischen Versammlungen und nationalen Organisationen sowie über die nationale Stellung der polnischen Geistlichkeit schreibt, das

lassen wir unbeantwortet, denn das sind Sachen, die er aus eigener Anschauung nicht kennt. Er hat von ihnen gehört, in den Zeitungen darüber gelesen, und darum hat er sich über diese Sachen ein falsches Urteil gebildet. Die preußische Politik kennt er dagegen aus dem praktischen Leben, und er hat sie viel zutreffender beurteilt.

Aus Nr. 53 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 5. März 1911:

Erklärung.

Auf Wunsch der aufgeklärtesten und in der nationalen Arbeit am umsichtigsten tätigen Faktoren der Kreise Konitz und Tuchel hatte ich beschlossen, vom 1. April d. Js. ab in Gzerstk eine polnische Tageszeitung unter dem Titel Dziennik Polski herauszugeben. Dies teilte ich am 21. Februar d. Js. im Dziennik Bydgoski mit.

Diese Mitteilung wurde in weiten Kreisen des aufgeklärten Volkes wohlwollend aufgenommen. Man freute sich darüber, daß in den Grenzmarken Westpreußens eine Tageszeitung entstehen sollte, die besonders die Angelegenheiten dieser Kreise berücksichtigen und außerdem noch ehrlich für die Verteidigung des polnischen Volkes eintreten sollte, ohne Drehereien und ohne unnützes Geschrei. Man erkannte allgemein an, daß gerade in diesen Gegenden eine solche Zeitung unbedingt nötig sei, weil die Aufklärung unter dem Volke immer weiter um sich greife und mit dieser das Bestreben, verbunden sei, bessere geistige und politische Nahrung zu erhalten.

Es ist klar, daß mein Entschluß dem Herrn Abgeordneten Rulerski nicht gefallen konnte. Es ist ja bekannt, daß ich auf anständige aber entschiedene Art seine Politik bekämpfe, die mit der berühmten Finanzreform begann, und die, meiner Ansicht nach, weder unserer nationalen Würde, noch den Interessen des polnischen Volkes entspricht. Meine Anschauungen teilen, wie ich mich persönlich überzeugen konnte, sehr viele der wackersten Arbeiter auf sozialem Gebiete, welche ebenfalls darnach streben, daß unser Volk sich fortbildet und politisch reif wird, nicht aber immer das Stimmvieh bleibt, das man dorthin treibt, wohin es das Interesse einzelner Personen verlangt.

Eine neue Zeitung hätte also dem Herrn Abgeordneten Rulerski sehr unbequem werden können, der allerdings verkündet hat, daß er nicht mehr Abgeordneter sein will, dessen Adjutanten aber den Auftrag haben, das Volk so zu bearbeiten, daß es ihn auch wider seinen Willen zum Abgeordneten wählt.

Deshalb beschloß er, meine Absichten zu kreuzen, und er gibt jetzt selbst in Gzerstk eine Tageszeitung heraus.

Die Sache verhält sich also folgendermaßen:

Während ich öffentlich bekannt gebe, daß ich in Gzerstk eine Zeitung herausgeben werde, gründet er selbst im stillen eine zweite. In seiner Zeitung brachte er nichts hierüber, damit dies keinen allzuschlechten Eindruck hervorrufen sollte, er benachrichtigte aber die Bevölkerung der interessierten Kreise durch Prospekte.

Ich habe mit Herrn Rulerski gekämpft und kämpfe noch mit ihm, aber lediglich um Grundzüge. Es gab sogar eine Zeit, in welcher ich mich als Redakteur anderer Zeitungen ehrlich seiner annahm, als man ihn verfolgte. Ich will mich indessen nicht mit ihm in einen schmutzigen Konkurrenzkampf einlassen, um nicht auf das Niveau herabzusinken, auf welchem er sich gegenwärtig befindet. Deshalb nehme ich von der Herausgabe einer Zeitung in Gzerstk

Abstand, um unsern Feinden den Anblick zu ersparen, wie sich zwei polnische Zeitungen gegenseitig freßten.

Das Urteil über die Hinterlist des Abgeordneten Kulerski überlasse ich der öffentlichen Meinung. Jenen Bürgern der interessierten Kreise dagegen, die mir so viel Wohlwollen und Vertrauen gezeigt haben, danke ich herzlichst und verspreche ihnen, daß ich, wenn Not am Mann ist, ihnen in nationalen Angelegenheiten gern zu Hilfe kommen werde.

Johann Teska,
Verleger des Dziennik Bydgoski.

Aus Nr. 53 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 5. März 1911:

Aus Gzeršk

teilt man uns mit, daß dort in den Kreisen, die mit der Politik des Herrn Kulerski nicht einverstanden sind, große Entrüstung über ihn herrscht, daß er die Gründung einer neuen Zeitung durch den Verleger unserer Zeitung unmöglich gemacht hat. Als er früher darum gebeten wurde, in Gzeršk eine Zeitung erscheinen zu lassen, wollte er dies nicht tun, und erst jetzt ging er an die Sache heran, nachdem jemand anders die Angelegenheit bereits in die Hand genommen hatte.

Von einer Person, deren Anschauungen kennen zu lernen wir bis jetzt noch keine Gelegenheit gehabt hatten, erhielten wir einen Brief, in welchem nachstehende Betrachtungen enthalten sind.

Ich hörte, daß Herr Teska den Kampf mit Herrn Kulerski fürchtet und in Gzeršk keine Zeitung erscheinen lassen wird, nachdem sich Herr Kulerski hierzu entschlossen hat. Wir haben hier alle dies sehr bedauert, denn eine solche Zeitung ist uns sehr nötig. Wir haben hier immer mehr solcher Leute, denen die Gazeta Grudziadzka nicht mehr genügt, denn heute wollen die Leute wie Bürger behandelt sein und nicht wie Schachfiguren des Herrn Kulerski, die in Versammlungen auf das Kommando des Herrn aus Graudenz zu schreiben haben. Als sich das Gerücht verbreitete, daß Herr Kulerski die neu entstehende Zeitung des Herrn Teska durchaus vernichten will, da mochten wir dies nicht glauben. Dies sieht so schmutzig, so gemein aus, daß wir ihn einer derartigen politischen Unehrlichkeit niemals beschuldigt hätten.

Ich habe soeben einen Prospekt erhalten, in welchem Herr Kulerski seine neue Zeitung in Gzeršk bekannt macht. Nach dem, was ich gehört habe, nehme ich an, daß Herr Teska jetzt seinen Dziennik in Gzeršk nicht herausgeben wird. Bis jetzt waren wir der Ansicht, daß es leere Drohungen sind, aber inzwischen hat sich Herr Kulerski wirklich zu einer Tat aufgerafft, die sein Ansehen ganz und gar untergraben wird.

Dies ist ein kleines Proßbüchlein davon, wie die Leute über das Verhalten des Herrn Kulerski denken. Wir erwähnen noch, daß wir nur deshalb weichen, weil Graudenz im Konkurrenzkampfe gewöhnlich äußerst schmutzige Waffen anwendet und wir nicht Veranlassung dazu geben möchten, den ganzen Graudenzner Morast aufzurühren.

Aus Nr. 30 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. März 1911:

Erklärung.

Auf die durch persönliche Rache diktierten Behauptungen im Dziennik Bydgoski und in der Gazeta Torunska (Siehe Nr. 10 des Gesamtüberblicks vom 14. März 1911, Seite 300, Nr. 53 der Gazeta Torunska

vom 5. März 1911), die von einigen Blättern wiederholt worden sind, antworte ich nicht, da diese Behauptungen so ungeheuerlich sind, daß ich keinen anderen Ausweg weiß, als auf gerichtlichem Wege vorzugehen.

Graudenz, den 10. März 1911.

Ignacy Zminski.

Aus Nr. 30 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. März 1911:

Aus Lubiewo, Kreis Schwetz, wird uns mitgeteilt, daß dort ein aus einem massiven Hause und 8 Morgen Land bestehendes polnisches Grundstück bedroht ist. Es wäre erwünscht, wenn sich Landsteute meldeten und nicht zuließen, daß dieses Grundstück in fremde Hände gerät. Meldungen nimmt Herr Felix Babinski, Maurer in Lubiewo, Kreis Schwetz, Wpr., entgegen.

Aus Nr. 30 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. März 1911:

Aus dem Kreise **Stuhm** wird uns mitgeteilt, daß die Zentrumsleute im Wahlbezirk Stuhm—Marienwerder den Herrn Propst Majski aus Schönwiese aufstellen wollen, um desto leichter die polnischen Stimmen zu erlangen. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1907 bekam der Regierungsparteiler 10 058, der polnische Kandidat 7226, der Zentrumsmann 940 und der Sozialdemokrat 670 Stimmen. Ein polnischer Kandidat hat dort also wenig Aussicht, gewählt zu werden. Jedenfalls würde uns durch die Aufstellung der Kandidatur des Propstes Majski eine neue Gefahr des Verlustes polnischer Stimmen erwachsen.

Aus Nr. 30 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 11. März 1911:

Unverbesserliche Germanisatoren.

Im Etat der „preussischen Aufklärung“ sind 500 000 Mk. zur Unterstützung der Kirchen in den früheren polnischen Landesteilen eingesetzt. Davon ist der Riesenteil mit 447 000 Mk. für die protestantischen und nur 5300 Mk. sind für die katholischen Kirchen bestimmt worden, doch unter der Garantie, daß sie deutsch sein werden. Die preussische Aufklärung ist immer so gewesen.

Nun fordert das Organ des westpreussischen Zentrumsleute, das Westpr. Volksblatt, in einem ihm gewiß aus Geistlichenkreisen zugefandten Artikel, diesen für die katholischen Kirchen bestimmten Fonds auszunutzen, und zwar besonders für die Danziger Kirchen. Wir sind gewiß nicht dagegen, denn es ist ja unser durch die Abgaben zusammengebrachtes Geld, das uns billigerweise zukommt. Doch wie bekannt, besteht die Bedingung, daß diejenigen katholischen Kirchen, die eine Unterstützung haben wollen, die Garantie bieten müssen, daß sie immer deutsch bleiben.

Gibt es denn aber in Danzig keine Polen? Den Zentrumsleuten geht es offenbar nur um das Geld, denn sie fragen nicht im mindesten danach, daß sie die Bedingung nicht erfüllen könnten, denn sie könnten doch nicht garantieren, daß die Kirchen immer deutsch bleiben werden. Sie würden sich ja schließlich mit einer derartigen Versicherung der Regierung einverstanden erklären, und deshalb sind sie unverbesserliche Germanisatoren und unsere Feinde. Später würde es auf unsere Forderung um polnische Andachten, die

jetzt schon nicht völlig berücksichtigt werden, gewiß heißen:

„Wir können euch nicht nachgeben, denn wir würden die Tausende der Regierung verlieren.“

So wird germanisiert!

Aus Nr. 30 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 11. März 1911:

In einem

„Die Abstinenz oder Enthaltjamkeit in der Kulmer Diözese“

überschriebenen Artikel des Pielgrzym heißt es u. a.:

Es entsteht nun folgende Frage: Was ist in unserer Kulmer Diözese besser, weltliche Abstinenzvereine oder kirchliche Enthaltjamkeitsbruderschaften? Wenn es die letzteren nicht gäbe, dann würde ich den „Wyzwolenie“-(weltliche Abstinenzvereine)Vereinen dann das Wort reden, wenn sich eine geeignete Person der weltlichen Intelligenz fände, die zur Leitung des Vereins fähig wäre. Wir haben aber fast in jeder Parochie eine Enthaltjamkeitsbruderschaft (im Jahre 1908 gab es auf 274 Parochien 252 derartiger Bruderschaften), und darum ist allgemein gesprochen, die Gründung neuer weltlicher Abstinenzvereine bei uns nicht notwendig. Zur Erhaltung der Enthaltjamkeit genügen unsere Bruderschaften, wenn sie in geeigneter Weise arbeiten werden.

Aus Nr. 30 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 11. März 1911:

Wie uns die Klöster fortgenommen wurden!

Durch einen glücklichen Zufall ist eine interessante Schrift in meine Hände gelangt, von dem es angesichts der uns drohenden Enteignung geboten ist, öffentlichen Gebrauch zum Beweise dafür zu machen, daß man in Preußen auch ohne Ausnahmegehe schon seit langem zu enteignen verstanden hat. Es sind das Auszüge, die von einer noch jetzt lebenden Person vor vielen Jahren aus den Regierungsakten in Bromberg gemacht worden sind und sich auf die Kassation des reichen Cistercienserklosters in Krone a. d. Br. beziehen, das sich, worauf ich besonderen Nachdruck lege, bis zum Schluß durch Kirchenzucht und priesterlichen Eifer ausgezeichnet hat.

Am 26. März 1819 hat nämlich die königliche Regierung in Bromberg, „weil die Mönche lasterhaft seien und das Kirchengut schädigen“, besonders, weil sie die Koupons auf viele Jahre dem Geistlichen Pawłowski in Libiszewo für einen Spottpreis verkauft haben, beim Ministerium in Berlin die Aufhebung des Kroner Klosters beantragt. Das Ministerium schickte darauf durch den Oberpräsidenten in Posen einen Zivilkommissar und einen Geistlichen aus Posen, um festzustellen, inwieweit die Anlage auf Wahrheit beruht. Wie der Ausgang dieser Untersuchung war, konnte man nicht erfahren, die Kassation des Klosters ist aber trotzdem in der Kabinettsitzung vom 3. April 1819 beschlossen worden und die Regierung in Bromberg wurde durch Ministerialreskript vom 3. April desselben Jahres ermächtigt, jenen Beschluß in schonendster Weise durchzuführen. Der Kroner Bürgermeister namens Watarecy erhielt den Befehl, den Mönchen von der Kassation des Klosters Mitteilung zu machen, den Grund der Kassation aber zu verschweigen.

Weitere aus den Bromberger Regierungsakten gemachten Auszüge be-

treffen den Kulmer Bischof Karl v. Hohenzollern. Wie bekannt, wurde er mit einem Mal Koadjutor des Bischofs Bajer, dem er von der Regierung aufgenötigt wurde, und dann bischofte er auf preußische Art von 1785 bis 1795. Jener Bischof v. Hohenzollern, der in Oliwa wohnte, stellte beim Ministerium einen formellen Antrag auf Aufhebung des Kroner Klosters und riet gleichzeitig, nach Krone Kadetten hinzubringen und die Klostergebäude in eine Kadettenschule umzuwandeln. Aus den Regierungsakten in Bromberg geht hervor, daß der genannte Bischof schon einige 20 Jahre vor der Kassierung des Klosters die Regierung dazu angeregt hat.

Aus Nr. 31 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 14. März 1911:

In Sachen der Zeitungen.

In der Budgetkommission hat der Abgeordnete Korfanty zur Sprache gebracht, daß die Postbeamten bei der Bestellung polnischer Blätter Schwierigkeiten machten. Die Leser fast aller Blätter klagten darüber, und besonders klagten darüber die Leser der Gazeta Grudziadzka sehr häufig. Der Herr Staatssekretär Krawtke hat demgegenüber erklärt, daß er mit einem derartigen Vorgehen nicht einverstanden sei und gebeten, ihm von jedem solchen Falle Mitteilung zu machen. Wir bitten unsere Leser, daß sie den Postbeamten, wenn sie ihnen bei der Bestellung der Gazeta irgendwie Schwierigkeiten machen sollten, sagen, was der Herr Staatssekretär in dieser Angelegenheit in der Kommission erklärt hat.

Auch bitten wir, uns sofort Mitteilung zu machen, wenn ihnen irgendwo Beamten Schwierigkeiten machen sollten. Wir bitten uns auch ferner mitzuteilen, wo bei der Zustellung der Zeitung Unregelmäßigkeiten vorkommen und wo die Briefträger die Zeitungen nicht rechtzeitig zustellen.

Wir werden gleich energische Schritte unternehmen, damit solche Sachen nicht mehr vorkommen.

Aus Nr. 31 der Nasza Gazeta (Pr. Stargard)

vom 14. März 1911:

Ein neues Dokument preussischer Fürsorge.

Eine Verordnung gegen die Briefchen der polnischen Kinder.

Unsere polnischen Kinder ganz den polnischen Einflüssen zu entziehen, um ihnen den polnischen Geist, diesen Hauptfeiler in den heutigen Zeiten, ganz und gar zu entreißen, das ist das Ziel der preussischen Schulen — und dieses Ziel werden die Schulen auch weiterhin verfolgen, denn das hat erst neulich ein Regierungsvertreter im Landtage erklärt.

Daß das aber noch weiter gehen wird, beweist folgendes im Kreisblatt des Kreises Danziger Höhe enthaltene Dokument. In diesem Kreisblatt befindet sich folgende Verfügung des Schulinspektors:

(Rückübersetzung aus dem Polnischen.)

Es ist vorgekommen, daß polnische Blätter Kinder aufgefordert haben, Briefchen einzuschicken, damit sie gedruckt würden. Die Briefchen behandelten konfessionelle und politische Angelegenheiten (der Herr Inspektor geht hier wie um den heißen Brei herum — er hätte doch deutlich sagen können polnisch-katholische Angelegenheiten. Die Red.) Ich fordere alle Schulleiter auf, gegen diesen Unfug vorzugehen, den Kindern zu verbieten, überhaupt Briefchen an Zeitungen zu schreiben,

und im Falle der Zuwiderhandlung geeignete Schulstrafen zur Anwendung zu bringen.

Das ist ein neues Blatt in der Geschichte Preußens, welches ihm wohl keine Ehre machen wird. Es ist in Preußen nicht nur verboten, polnische Privatschulen zu gründen, sondern man beginnt jetzt auch den Privatunterricht zu verbieten. Jetzt finden im Landtage gerade die Verhandlungen über den Kultusetat statt, und unsere Abgeordneten werden von dieser Angelegenheit zweifellos Gebrauch machen.

Aus Nr. 31 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 14. März 1911:

Konitz.

Am 10. und 11. d. M. fand hier das Abiturientenexamen statt. Es hatten sich im ganzen 18 dazu gemeldet. Davon sind fünf nicht zugelassen worden. Der Rest wurde schriftlich und mündlich geprüft. Trotzdem sind drei aus unaufgeklärten aber begreiflichen Gründen durchgefallen. Mit Ungebuld erwarteten wir das künftige Examen. Am 11. März wurden vier Externeer geprüft, von denen nur einer (Kogala) die Prüfung bestanden hat. Die Hälfte ist also durchgefallen, denn von 22 Prüflingen haben nur elf die Prüfung bestanden. Sind denn schrecklichere Zustände denkbar? Später werden wir die Sache näher besprechen. Die Namen der Abiturienten sind: Jedtke, Glomezewski, Haffe, Knitter, Kraus, Kuchenbecker, Lück, Otto, Paegold und Radke.

Einer aus der Bürgererschaft.

Aus Nr. 31 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 14. März 1911:

Allenstein, den 13. März 1911.

Um unsere Haupt-Vertrauensmänner und -Helfer im letzten Wahlkampf für die gehabten Umstände und Zeitversäumnis zu entschädigen, vor allen Dingen aber sie zur weiteren eifrigen Arbeit nach dieser Richtung hin anzuregen, hat das Wahlkomitee beschlossen, ihnen ein Andenken in der Form eines schönen, dicken, eingebundenen Buches unter dem Titel „**Grunwald-Album**“ zum Geschenk zu machen. Unsere Vertrauensmänner und Haupthelfer können dieses Geschenk, das zweifellos eine Zierde des polnischen Hauses ist, in der Expedition der Gazeta Olsztyńska in Empfang nehmen.

Aus Nr. 5 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 1. März 1911.

Thorn.

In der am 23. Januar d. J. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

J. Bucinski, Vorsitzender,
K. Baranski, stellvertretender Vorsitzender,
A. Razmierski, Schriftführer,
Gz. Jankowski, stellvertretender Schriftführer,
J. Milkowski, Kassierer,
S. Galinski, Bibliothekar.

Aus Nr. 11 des Przemyslawiec (Posen)
vom 12. März 1911:

Pr. = Stargard.

In den Vorstand des Industrie-Vereins wurden für das Jahr 1911 gewählt:

Radomski, Vorsitzender,
Malczewski, stellvertretender Vorsitzender,
Bozdynski, Schriftführer,
Baranowski, Kassierer,
Dr. Maj, Bibliothekar.

Aus Nr. 5 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 1. März 1911:

Neustadt (Westpr.).

In der am 10. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Tomezynski, Vorsitzender,
Czarnowski, stellvertretender Vorsitzender,
Gliniecki, Schriftführer und Kassierer,
Solysa, Bibliothekar.

Aus Nr. 5 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 1. März 1911:

Neumark (Westpr.).

In der am 18. Februar abgehaltenen Jahreshauptversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Borowski, Vorsitzender,
Bruchniewski, Schriftführer,
J. Lehmann, Kassierer.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 26 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 14. März 1911:

Unser Versöhnungsanhänger.

In den letzten Zeiten war unsere Volksgesamtheit mit dem Verhalten unserer polnischen Fraktionen in Berlin oft unzufrieden. Die Rede des Abgeordneten Mielzynski, welcher erklärte, die Polen ständen vor den Toren der Regierung und warteten, setzte die Volksgesamtheit aufs lebhafteste in Bewegung. Infolge dieser versöhnlichen Rede mußte der bisher demokratische Abgeordnete die Reihen des nationaldemokratischen Vereins verlassen, weil er den völkischen Grundsätzen der Volksgesamtheit im preussischen Teilgebiete offen untreu wurde.

Die Abstimmung der polnischen Abgeordneten für die Befreiung der regierenden Familien von der Grundstückstempelsteuer rief in unserer Volksgesamtheit einen neuen Sturm hervor. Trieben doch die polnischen Abgeordneten offenbar wirkliche Späße, wenn sie die Hand der Regierung küßten, und um die Gunst der Regierung warben, die uns durch immer neue Ausnahmegesetze erbarmungslos züchtigt. — So dachte mancher von uns.

Wir kennen nämlich die Politik hinter den Kulissen nicht, die sich dort in Berlin abspielt. Wir wissen nichts von dem stillen, gegenseitigen Ringen der beiden in den polnischen Fraktionen bestehenden Strömungen, die zwar auf einem Fundament der gemeinsamen Verteidigung unserer nationalen Ideale stehen, sich aber in den Weltanschauungen radikal unterscheiden. Es ringen dort untereinander die ver-

jöhnlichen Bestrebungen und Träumereien unserer Konservativen mit dem dreisten, entschiedenen und bestimmten Standpunkt, den die demokratischen Abgeordneten einnehmen wollen.

Nur Träumereien kann man doch die Illusionen seitens unserer versöhnlichen Kreise nennen, daß nämlich die Regierung uns Polen gegenüber milder werden, vielleicht das bisherige System aufgeben wird. Diese selbe Regierung, mit deren Willen und auf deren Wunsch so viele ausdrücklich gegen uns gerichtete Ausnahmegesetze entstanden sind, sollte ihr schon seit Jahrzehnten erprobtes System plötzlich ändern? Warum und wozu? — Doch wohl um der schönen Angeln unserer Versöhner und ihrer schmeichelhaften Worte willen? Schlecht stehen müßte es mit einer Regierung, die sich durch solche Mittel von dem einmal erwählten Wege ablenken ließe.

Aber wie sagt doch das Sprichwort: „Der Hungerige denkt ans Brot“, und einen Gewohnheitsfäuler befehrt höchstens ein Wunder. Ebenso verhält es sich mit unseren Versöhnern. — Und da ihrer eine noch ziemlich große Zahl in den polnischen Fraktionen sitzt, benützen sie immer wieder die Gelegenheit, wenn die demokratischen Abgeordneten in nicht genügender Zahl zur Stelle sind, und schlagen versöhnliche Purzelbäume. Natürlich ärgert diese Herren ungeheuer jedes dreistere Auftreten eines demokratischen Abgeordneten und jede von einem polnischen Abgeordneten gehaltene dreiste und entschiedene Rede. Dann erheben sie ein ungeheures Wehgeschrei und schreiben in ihren Zeitungen Artikel, in denen sie den weniger aufgeklärten Lesern zu beweisen suchen, daß nur ihre kluge (?) Politik die Regierung zurückgehalten habe, die mit den uns Polen feindlichen hakatistischen Strömungen sehr rechnen muß. Dann jammern sie, daß ihnen das dreiste Auftreten der demokratischen Abgeordneten ihre kluge Politik erschwere und vereitle, die bisher die Regierung von der Enteignung der Polen zurückgehalten hat, und verbreiten sie ähnliche und unwahrscheinliche Dinge.

Jetzt haben sie wiederum einen solchen Artikel in dem in Warschau erscheinenden *Slowo* losgelassen. Dort schreibt einer dieser Herren was folgt:

In den Regierungskreisen trat in den letzten Zeiten eine ungünstige Wendung ein, und die erschütterte Stellung der hakatistischen Kreise hat sich bedeutend gestärkt. Darauf wirkte die Änderung in der Politik der Landtagsfraktion ein, die nach dem Tode des Prälaten von Jazdzewski einen radikalen Angriff auf den Minister des Innern unternahm, der insofern unglücklich war, als er in einem Zeitpunkt unternommen wurde, in dem sich zwischen der konservativen und nationalliberalen Partei eine Spaltung vorbereitete, die durch ein taktvolles politisches Vorgehen zu unserem Vorteil ausgenutzt werden konnte. Die Hakatisten verstanden diesen Umstand auszunützen, ihre und Waldows Position zu befestigen, daß unter den Polen der Radikalismus die Oberhand gewinne und die Gemäßigten unter ihnen eine immer geringere Bedeutung hätten.

Das ostentative und radikale Auftreten unserer Landtagsabgeordneten trug demnach einen ungünstigen Erfolg davon.

In den konservativen Kreisen behauptet man, daß der Abgeordnete Korfanti angesichts der Form und des Inhalts der Reden der Landtagsabgeordneten auf den rechten Flügel der Fraktion (lies: Versöhner) gerückt wurde, denn die übrigen kämpfen mit den Abgeordneten der Sozialdemokratie um den Rekord der radikalen Redeweise.

In Anbetracht dessen wollen die Anhänger der Enteignung aus unseren Fehlern Nutzen ziehen, um

die Regierung zu einer aktiveren polenfeindlichen Aktion zu zwingen. in dem sich diese nicht mehr mit der Versicherung begnügt, daß der gegenwärtige Kurs werde aufrecht erhalten werden.

Das ist die Meinung von der nationaldemokratischen Bewegung unter unseren polnischen Konservativen.

Aus Nr. 27 der Gazeta Ludowa (Katowig)
vom 15. März 1911:

Polnische Geistliche für polnische Parochien.

Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts wurden sowohl in der polnischen Presse als auch in Broschüren Stimmen laut, daß das oberschlesische Volk mit Hilfe deutscher Geistlichen germanisiert werden müsse.

Man riet, Priester, die kein Wort polnisch verstehen, unter das polnische Volk, und umgekehrt oberschlesische Geistliche unter die Deutschen zu entsenden. Ich muß hinzufügen, daß es damals in Schlesien „großpolnische Agitatoren aus Galizien und aus dem Posenischen“ (?) noch nicht gab.

Es scheint aber, daß dieses empfohlene Germanisierungsmittel die erwünschten Früchte nicht gezeitigt hat. Trotzdem erlangte es allmählich die Approbation der Kirchenbehörden.

Wenn man den Schematismus der Breslauer Diözese in die Hand nimmt, wird jedem auffallen, daß in der Delegatur und in dem deutschen Teil der Diözese viele Geistliche sind, welche die polnische Sprache ausgezeichnet beherrschen (obgleich sie keine Nationalpolen sind), aber . . . sie dürfen sich dieser Sprache, ausgenommen bei der Beichte, nicht bedienen. Polnische Predigten dürfen sie nicht halten, obgleich sich manchmal Zweidrittel der Parochie aus Polen zusammensetzen, wie z. B. bei der Kirche zur Allerheiligsten Jungfrau Maria in Berlin.

Auffallend ist es gleichfalls, daß man jetzt nach Oberschlesien solche Geistliche zu entsenden beginnt, die von der polnischen Sprache noch nichts gehört haben.

Schon seit jeher genügte für Oberschlesien eine sehr mäßige Kenntnis der polnischen Sprache. Gerade solche, welche diese Sprache mit Widerwillen gelernt, schickte man in polnische Gegenden. Es genügte die Übersetzung von drei oder vier Fragen aus dem Breslauer Katechismus, um für das polnische Volk im oberschlesischen Industriebezirk angestellt werden zu können.

Diese Geistlichen verkünden dann Gottes Wort in in einer solchen Form, daß einem Polen manchmal die Haare zu Berge stehen, und man muß sich fragen, wie es möglich ist, daß solche Geistliche es überhaupt wagen, die polnische Kanzel zu betreten, um von ihr herab Gottes Wort zu verkünden.

Besonders im Industriebezirk wimmelt es von solchen Geistlichen, die unsere Muttersprache schänden.

Liegt nicht System darin, daß Geistliche, welche die polnische Sprache gut beherrschen, in deutsche Gegenden geschickt werden und ihnen verboten wird, dort polnische Predigten zu halten, während Geistliche, welche die polnische Sprache radebrechen, in polnische Gegenden geschickt werden?

Heut scheint es noch weiter gekommen zu sein!

Rein deutsche Geistliche werden in polnische Gegenden geschickt.

Im Sommer des verflossenen Jahres wurde ein blutjunger deutscher Kaplan zur Vertretung der vakanten Kaplanstelle, einer sogenannten utraquistischen Stelle, nach Petersdorf entsandt. Dies geschah leider ohne den geringsten Einspruch des oberschlesischen Volkes.

Gerade in diesen Tagen las ich, daß ein Kreisvitar, ein Deutscher aus Fleisch und Blut, nach Zaborze versetzt wurde. Soviel mir bekannt ist, sind in Königs- hütte und Beuthen seit längerer Zeit zwei Kapläne tätig, obgleich sie die polnische Sprache nicht kennen. Darin muß System liegen!

In Breslau entschuldigt man sich damit, daß ein Mangel an utraquistischen Geistlichen vorhanden sei.

Warum werden begabte, befähigte polnische Geistliche zu den Deutschen geschickt, damit sie dort ihr Talent und ihre Kenntnisse der polnischen Sprache vergraben?

Sind sie dort notwendig? Ist es nicht ebenfalls System, daß in den letzten Jahren für die großen Pfarochien im Industriebezirk Geistliche deutscher Herkunft, sogar mit deutschem Namen ausersiehen werden? Etwa deshalb, um bei der Regierung mit dem deutschen Namen nicht anzustoßen? Ich nenne nur den Pfarrer Peter in Gleiwitz, den Pfarrer Rosenberger in Zabrze, den Pfarrer Schubert in Marklowitz, den Pfarrer Bresler in Myslowitz, den Pfarrer Kunze in Siemianowitz usw.

Gegen eine solche Behandlung durch die bischöfliche Behörde müßte das obereschlesische polnische Volk Einspruch erheben und tatkräftigst auftreten. Unser unterwürfiges polnisches Völkchen wird doch wohl soviel verlangen dürfen, daß es in den von den polnischen Bauern erbauten und unterhaltenen polnischen Gottes- häusern für seine der Kirche gebrachten Opfer nicht eine fremde Sprache, sondern seine polnische Sprache vernehme.

Die deutschen Zeitungen werden sich natürlich über die sarmatische Frechheit, über die Radikalen ent- rüsten! Denn für ihre Zwecke ist es am erwünsch- testen, daß das polnische Volk schlafe und nicht wisse, welche Rechte es habe; und ein solches Verraten der Germanisierungsabsichten ist ihnen unbequem. Mögen sie sich entrüsten, wir wollen fordern! Was den Regern eingeräumt wurde, muß auch uns eingeräumt werden!

Geistlicher — s.

Aus Nr. 30 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 11. März 1911:

Protest eines Priesters gegen die verbrecherische Demagogie.

Von dem verehrten und verdienten Herrn Pfarrer Skowronski, dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten, erhielt Herr Br. Koraszewski folgendes Schreiben:

Geehrter Herr Redakteur!

Die Kunde von den nichtswürdigen Intrigen gegen die Volksbank in Oppeln und ihre verdienten Begründer hat mich aufs lebhafteste empört. Ich habe keine Worte, diese geradezu gemeine Händelsucht gebührend zu brandmarken. Die widerwärtige Losung: „Fort mit den Großpolen! Wir befinden uns hier auf eigenem Boden!“ — kann nicht in dem Herzen eines wahren Polen ausgeheckt worden sein, sondern nur in dem entarteten Gemüte eines Verräters, der schlimmer als ein Spakist oder Spizel durch eine solch dema- gogische Aufwiegelung unsere Volksgesamtheit entzweiten will.

Ich bin ein geborener Oberschlesier und arbeite schon über 25 Jahre zusammen mit euch an der Auf- klärung und an dem materiellen und sittlichen Wohle unseres Volkes, ich kenne eure aufopferungsvollen Arbeiten, und darum schmerzt es mich unendlich, daß Sie, meine Herren, von bisher verdienstlosen und unbekannten Grünschnäbeln solche Undankbarkeit er-

fahren haben. Die ganze Heze ist eine ungesunde Er- scheinung, eine Wasserblase, die aus dem moralischen und materiellen Kot und Sumpf an die Oberfläche zum Vorschein kommt. Ein solches Geschwür muß heraus- geschnitten werden! Jeder obereschlesische Pole, der noch an die Heiligkeit unserer Sache glaubt, muß gegen diese Erscheinung des erschreckend tiefen nationalen Niveaus entschieden auftreten, damit sich so etwas Trauriges nie mehr wiederhole.

Leute, die dort ernten wollen, wo sie nicht gesäet haben, die im eigenen Interesse ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl mit einer so engherzigen Lösung unsere Volksgesamtheit sprengen, sind zur öffentlichen Arbeit unfähig und müssen von ihr unbedingt aus- geschlossen werden. Möchte euch dies gelingen! Möchte der gesunde Menschenverstand unseres nur nichtswürdig betörten Volks über die Betörungen die Oberhand gewinnen. Ich hoffe dies, sonst müßte ich mich schämen. Ich habe die Hoffnung, daß sich unser Volk besinnen und der Führung seiner alten erprobten Leiter und nicht den Aufwieglern folgen wird.

Anlässlich der erlittenen moralischen Unbilden, empfingen Sie, meine Herren, von mir den Ausdruck aufrichtigen Beileids. Laßt euch von einer weiteren gegenseitigen Arbeit in unserem geliebten Oberschlesien nicht abschrecken.

Mit dem Ausdruck der Hochachtung und mit herz- lichem Gruß

Ihr

Skowronski, Pfarrer.

Ellgut bei Zülz, den 7. März 1911.

Von der Redaktion: In dem äußerst kritischen Augenblick, wie es einen solchen bis zum 5. März 1911 in Oberschlesien, Gott sei Dank, noch nicht gegeben hat, ist dieser Brief des verehrten Priesters und Polen ein wichtiges Dokument und zugleich eine ernste Warnung für diejenigen wenigen älteren Bürger aus dem Volke, deren Namen wir bisher geschont haben, die sich aber trotz ihrer langjährigen tüchtigen Mitarbeit für das Volk von einer demagogischen Clique verführen ließen und ihre Namen zur Unterstützung der Aufrufe einer widerwärtigen und unpatriotischen Arbeit nicht verweigerten. Diese Namen waren zwar unter den Aufrufen nicht unterzeichnet, aber man berief sich auf sie in dem Texte der Aufrufe und dies rief eine desto größere Verwirrung hervor. Leider tragen nicht nur lauter Grünchnäbel, sondern auch ältere Männer, von denen man dies am wenigsten erwarten durfte, die Verantwortung dafür, was geschehen ist, und in diesem großen Übel ist nur dies das Gute, daß es angesichts der vor der Versamm- lung ausgestoßenen Drohungen mit Knütteln und mit Schlägereien nicht noch schlimmer gekommen ist. Möchten die Worte des Herrn Pfarrers Skowronski denen die Augen öffnen, welche eine schmutzige und verbrecherische Demagogie bisher irrigerweise als eine der Unterstützung und Verteidigung würdige Sache ansahen.

Sonst müßte man sich nicht nur schämen, sondern sogar an der Hoffnungslosigkeit und Erfolgslosigkeit und der Arbeit für das Volk und für unsere heilige nationale Sache verzweifeln.

Ein bezeichnendes und charakteristisches Merkmal der Händelsucht ist die Tatsache, daß der Gazeta Opolska mit dem Verluste von Abonnenten und mit der Gründung eines neuen Blattes gedroht wurde. Uns sind solche Drohungen nicht fremd. Sie wurden während unserer langjährigen sozialen und journalistischen Tätigkeit stets dann wiederholt, wenn man uns unsere Überzeugungen abwendig machen oder zur Einnahme eines anderen Standpunkts zwingen wollte, als der ist, den uns unser nationales Gewissen diktiert hat.

Von diesem Gewissen nun ließen wir uns stets leiten und werden uns weiter leiten lassen. Wir haben schwere Prüfungen überstanden, und wir werden mit Gottes Hilfe auch diesen von brutaler Hand unserer nationalen Sache veretzten Schlag überstehen, und von der Ausdauer und Geduld wird uns die Drohung des Verlusts an Einkünften und Gewinn nicht abwendig machen, denn Gewinn und Mammon können nur das Ideal des Demagogen sein. Unser Ideal ist das Vaterland! — Das Vaterland, von dem Bischof Ignaz Krasicki gesagt hat:

„Wenn man dir nur helfen, dich unterstützen kann, reut es einen nicht, im Elend zu leben, reut es nicht, auch zu sterben.“

„Landsleute unterstützt den Landsmann!“ So liebt man häufig in Waren anpreisenden Inseraten. Aber was nützt dies, wenn dieser „Landsmann“ gegen die Seinigen und gegen dasselbe polnische Blatt vorgeht, welches ihm zu seinem Wohlstand verhilft!

Ist also diese Losung nicht ein Mißbrauch der nationalen Losungen?! Einem solchen Mißbrauch mußten wir schließlich — angesichts dieser Kauferei — ein Ende machen, und daraus erklärt sich unsere Erklärung in der vorletzten Nummer, daß wir Inserate derjenigen Gewerbetreibenden, die vor ihren Abnehmern gegen uns und unser Blatt auftreten, weiterhin nicht mehr aufnehmen können. Ist es uns doch bekannt, daß kein Fremder, der seine Ware bei uns anpreist, sich zu einer solchen Rücksichtslosigkeit erdreistet, wie mancher sogenannte „Landsmann“. Einem klugen Kopf genügt ein Wort!

Aus Nr. 24 der Gazeta Ludowa (Rattowitz)
vom 11. März 1911:

Partikularismus und die Angelegenheit der Oppelner Bank.

Unter dieser Überschrift schreibt die Gazeta Ludowa u. a. folgendes:

Was ist Partikularismus? Dieser Ausdruck stammt aus dem Lateinischen und bedeutet ein Sichabsondern in einer Parodie oder in einem Kreise, und es mißbrauchen ihn dünselhaft und selbstüchtige Menschen zu persönlichen Zwecken, wobei sie die allgemeinen Zwecke übersehen und geringschätzen. Partikularismus ist es, wenn der lokale Arbeiter irgend einem Einwanderer um seinen Verdienst und seine Achtung beneidet.

Dieser Vorwurf wird, obgleich er nicht immer begründet ist, namentlich bei uns in Oberschlesien unangenehm und schädlich, wenn man ihn verallgemeinert. Schädlinge für die nationale Sache sind diejenigen, welche den Partikularismus verbreiten ohne Rücksicht darauf, ob der Partikularismus von Schlesiern gegen die Posener oder von den Posenern gegen die Schlesier geübt wird. Der Partikularismus gereicht unseren Feinden zum Vorteil, die seit einer Reihe von Jahren die polnische Bevölkerung zu entzweien suchen, indem sie diese in einzelne Volksstämme scheiden. Von der Ostsee angefangen, scheiden dort unsere Feinde die polnische Bevölkerung in Masuren, Kaschuben, Ermländer und sogar in Litauen. Dasselbe tun sie hier in Schlesien, indem sie dem polnischen Volke einreden wollen, daß es kein polnisches, sondern ein schlesisches Volk ist.

In Sachen des Konflikts der Oppelner Volksbank erhalten wir folgendes Schreiben:

Die geehrte Redaktion der Gazeta Ludowa bitten wir, die offenbar durch den von der Gazeta Opolska er-

hobenen Lärm gegen uns veranlaßten Angriffe einstellen zu wollen. Möge sich die geehrte Redaktion die Gelegenheit in einem anderen Licht darstellen lassen.

Es handelt sich um die Wahlen zum Aufsichtsrat. Es ist in ganz Schlesien bekannt, daß die Oppelner Bank nach etwa vierzehnjährigem Bestehen und nach einer glänzenden Entwicklung hinsichtlich der Depositen eine Reserve von nicht ganz 50 000 Mark und auf der anderen Seite Immobilien im Werte von 330 000 Mark besitzt, die (in der Bilanz) zum Kaufpreise figurieren, aber einen so geringen Gewinn abwerfen, daß bei ihrem Verkauf sicherlich erhebliche Verluste eintreten würden. Außerdem bestehen noch andere Angelegenheiten, die nicht vor die Öffentlichkeit gehören, die jedoch sehr erheblich das Konto derjenigen belasten, die angeblich zur Verteidigung der Bank so viel Lärm erhoben haben.

Bei der bevorstehenden Wahl wurde also beschlossen, zwei bisherige Mitglieder des Aufsichtsrats, mutige und aufgeklärte Wirte, zu beseitigen, ein drittes Mitglied aber zu belassen, obgleich dieses im verflossenen Jahre der Bank in Gestalt einer großen Dampfmaschine, welche die Bankruinieren kann, eine große Last aufgewälzt hat.

So traten also ein Vorstandsmitglied und vier Mitglieder des Aufsichtsrats gegen derartige Absichten offen auf und stellten — nicht wir, sondern diese Herren, was der Gazeta Opolska sehr wohl bekannt ist, weil sie unter dem Aufruf unterschrieben waren, — an Stelle des ausscheidenden und Oppeln verlassenden Rechtsanwält Madalinski seinen Nachfolger, den polnischen Rechtsanwält Dr. Lerch und an Stelle jenes Wirts einen Buchhalter, den Vorsitzenden des hiesigen katholischen Vereins, auf.

Es versammelten sich etwa 300 Mitglieder, die sich musterhaft betrugten. Herr Korajewski eröffnete die Versammlung und sprach ungefähr fünf Minuten, wobei sich die Zuhörer ganz ruhig verhielten. Aber diese Zuhörer sahen, daß aus irgendwelchen Gründen aus Rattowitz, Beuthen, Gleiwitz, Tost, Breslau usw. herbeigeschafft wurde, wer sich herbeischaffen ließ, daß am Tage vor der Versammlung mit Gewalt neue Mitglieder gewonnen, aus Oppeln sogar fast alle deutschen Mitglieder, was niemals geschehen war, herbeigezogen wurden, und das erbitterte die Versammelten.

Trotzdem herrschte vollkommene Ruhe, was desto mehr zu verwundern ist, als ein so kleines Lokal auszuferhen wurde, daß die Mitglieder buchstäblich in geschlossener Masse dastanden, einige sogar draußen an der Tür. Als Herr Korajewski zum Vorsitzenden Herrn Redakteur Dombek aus Beuthen vorschlug, wurde aus der Mitte der Mitglieder Dr. Lerch verlangt. Es folgte die Abstimmung durch itio in partes; das Ergebnis war, daß auf Seiten des Herrn Dombek etwa 90 Mitglieder, auf der anderen Seite über 200 waren.

Jetzt fing man auf der Seite der „Intelligenz“ an, die andere Seite anzugreifen, daß sie von jungen, unerfahrenen Leuten verführt worden seien.

Es sprachen verschiedene Herren in beleidigender und verletzender Form, wogegen von den Bauern energisch protestiert wurde, weil sie schon vorher erfahren hatten, es sei verabredet worden, daß die Versammlung aufgelöst werden würde, wenn sich die Wahrheit mit einem der „Intelligenz“ genehmen Vorsitzenden nicht einverstanden erklären werde. Obgleich die Abstimmung für Herrn Dr. Lerch so günstig ausgefallen war, daß kein Zweifel bestand, wen die versammelten Mitglieder als Vorsitzenden haben wollen, machte ihn Herr Korajewski als solchen nicht bekannt, sondern von Seiten der „Intelligenz“ wurden die Anhänger der anderen Seite wiederum angegriffen, daß sie betrunken, von Un-erfahrenen betört seien usw. Der Sturm brach erst dann los, als Herr Korajewski etwa 10 Minuten zögerte, was

angesichts eines solchen Ergebnisses zu tun sei. Plötzlich sprang Herr Koraszewski auf den Tisch und machte bekannt, daß er die Versammlung auflöse. Die Teilnehmer zerstreuten sich unter Rufen, daß die Mehrheit vergewaltigt worden sei, sie das nächste Mal aber noch zahlreicher erscheinen würden.

Wir müssen hinzufügen, daß die Agitation auf Seiten der Herren Koraszewski und Spychalski nicht minder tatkräftig war. Das bisherige Verhalten verschiedener Herren, die das Volk von oben herab behandeln und sich als Herren aufspielen, hatte die breiten Massen schon längst erbittert, es waren nur geringfügige Ursachen nötig, und der Unmut explodierte. Schon seit Monaten nannte man uns Schmutzfinke, Lumpen, Korbengel, Eingebildete usw., und gegenwärtig wurde gedroht, daß zur nächsten Generalversammlung die Polizei werde gerufen werden, daß sie an einem Werktag werde einberufen werden, damit möglichst wenig Mitglieder vom Lande erscheinen. Es ist schon beschlossene Sache, daß das nächste Mal, wenn die Mehrheit wieder auf der Seite des Dr. Verch sein wird, die Versammlung wieder aufgelöst werden werde, daß Dr. Verch unter keiner Bedingung in den Aufsichtsrat gewählt werden dürfe usw.

Die sonst ruhigen Wirte sind so erbittert, daß sie eine zweite Bank gründen wollen.

Das ist unsere Meinung von jenen Vorkommnissen, und wir bitten die geehrte Redaktion, wenn sie unparteiisch sein will, die Schilderung vielleicht gekürzt in der Gazeta Ludowa zu veröffentlichen. Soviel zur Aufklärung. Im Auftrage und im Namen der öffentlich Angegriffenen und des Partikularismus Beschuldigten

mit Hochachtung

Franz Kurpierz,
Leiter der „Volksbank“.

Groß-Strehlitz, den 7. März 1911.

Aus Nr. 27 der Gazeta Ludowa (Katowiz)
vom 15. März 1911:

In Sachen der Volksbank in Oppeln
erhalten wir von dem Vorstand der Bank eine Erklärung folgenden Inhalts:

In Nr. 24 der Gazeta Ludowa befindet sich eine von Herrn Fr. Kurpierz aus Oppeln unterzeichnete Zuschrift. Wir werden uns nicht mit der ganzen Zuschrift befassen, denn mit ihr zu polemisieren, ist nicht unsere Sache. Zurückweisen müssen wir jedoch zwei Punkte der Zuschrift, welche die Bank verdächtigen und ihr in der öffentlichen Meinung schaden können.

1. Die Zuschrift behauptet, die Oppelner Bank besitze nach etwa vierzehnjährigem Bestehen und nach einer glänzenden Entwicklung nicht ganz 50 000 Mark Reserven und andererseits Immobilien im Werte von über 330 000 Mark, die (in der Bilanz) zum Kaufpreis figurieren, aber so geringe Gewinne abwerfen, daß bei ihrem Verkauf sicherlich erhebliche Verluste eintreten würden. Außerdem sind nach Ansicht der Zuschrift noch andere Dinge vorhanden, die das Konto mancher Mitglieder belasten.

Wir erwidern, daß von keinen, geschweize denn erheblichen Verlusten die Rede ist. Was immer getan wurde, geschah nach reiflicher Erwägung des Vorstands zusammen mit dem ganzen Aufsichtsrat.

Die Konten der Bankmitglieder sind entsprechend ihrem Vermögensstand und den der Bank geleisteten Garantien ebenfalls auf Beschluß des Vorstands zusammen mit dem ganzen Aufsichtsrat nach ihrer gewissenhaften Prüfung belastet.

Wenn die verhältnismäßig geringe Reserve der Zuschrift nicht gefällt, so muß betont werden, daß

unsere Bank eine Volksbank ist, und deshalb halten wir es für unsere Pflicht, nur 5% Zinsen von Darlehen zu erheben, wenn auch nur der geringste Teil von ihnen ausbezahlt wird. In anderen Banken werden 6% erhoben, wir begnügen uns mit einem kleineren Gewinn, von der Voraussetzung ausgehend, daß den Mitgliedern mit möglichst billigem und bequemem Kredit gedient werden muß.

2. Die Zuschrift behauptet, daß beschlossen worden sei, bei der bevorstehenden Wahl zwei bisherige Mitglieder des Aufsichtsrats, mutige und aufgeklärte Wirte, zu entfernen, dagegen ein drittes Mitglied zu belassen, obgleich dieses im verflossenen Jahre der Bank eine große Last in Gestalt einer großen Dampfmühle aufgewälzt habe, welche die Bank ruinieren könne.

Wir erwidern, daß die Wahl des Mitgliedes des Aufsichtsrats nicht unsere Sache, sondern das Recht der Hauptversammlung ist. Entschieden weisen wir aber den Vorwurf — da es absichtlich der Wahrheit widerspricht — zurück, daß nämlich eins der Aufsichtsratsmitglieder der Bank eine große Last, welche die Bank ruinieren könne, aufgewälzt habe.

Dies ist ein leichtfertiger Vorwurf, der, gleichfalls leichtfertig verbreitet, unserer Bank Schaden und Unrecht zufügen kann, und darum erachteten wir es als unsere Pflicht, ihn zu berichtigen und entschieden Einspruch dagegen zu erheben, um etwaigen weiteren derartigen Ausschneidereien vorzubeugen.

Wir bemerken schließlich, daß diese in der Zuschrift des Herrn Fr. Kurpierz erhobenen Vorwürfe in der Hauptversammlung aufgeklärt worden wären, wenn diese nicht durch den von den Anhängern des Herrn Kurpierz erhobenen Lärm vereitelt worden wäre.

Der Vorstand der Volksbank in Oppeln.

Kaspar Meyer, Adalbert Randziora,
Stanislaus Spichalski.

Außer dieser Berichtigung erhielten wir noch mehrere andere.

Im Namen der Unparteilichkeit veröffentlichten wir nur die Berichtigung des Bankvorstands, der an dieser Angelegenheit unmittelbar interessiert ist. Andere Berichtigungen haben wir nicht veröffentlicht und werden wir nicht veröffentlichen, weil sie nur zur Verschärfung der Angelegenheit beitragen könnten. Wir hegen die bestimmte Hoffnung, daß im Namen der guten Sache eine gegenseitige Verständigung eintreten wird. Herr Kurpierz und seine Anhänger stellen in Abrede, daß sie jemals aus partikularistischen Beweggründen gehandelt hätten; sie behaupten, nur das Wohl der Bank im Auge gehabt zu haben.

Es fällt uns schwer, von fern in dieser Angelegenheit ein unparteiisches Urteil abzugeben. Doch müssen wir betonen, daß wir mit der Art und Weise, wie diese Herren die Interessen der Bank verteidigen wollten, nicht einverstanden sind.

Wir erachten diese Angelegenheit für uns als erledigt, und wir werden in ihr weitere Zuschriften nicht mehr veröffentlichen.

Aus Nr. 31 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 14. März 1911:

Zeitgemäße Betrachtungen.

Keinen geringen Eindruck riefen in Schlesien zwei Angelegenheiten hervor, und zwar die Angelegenheit der deutschen Aufschriften in der neu erbauten Kirche zu Petersdorf bei Gleiwitz, sowie das Verhalten des Pfarrers Stryczek und die Auflehnung gegen die Volksbank in Oppeln. An der Spitze der Oppelner An-

gelegenheit steht Herr Rechtsanwalt Lerch, für die deutschen Ausschristen in der Petersdorfer Kirche machen die polnischen Parochianen mit Recht den Pfarrer Stryczek verantwortlich.

Wiewohl die eine und die andere Angelegenheit einen anderen Charakter hat, so befindet sich doch dort ein Berührungspunkt und zwar das der polnischen Sache zugefügte Unrecht. Obgleich sich die Oppelner Auflehnung in Oppeln und die Petersdorfer Kirchenangelegenheit in Petersdorf abspielte, so sprechen doch die Leute in ganz Oberschlesien von beiden Angelegenheiten, sie entrüsten sich und schimpfen über derartige Verhältnisse. Der Held der einen Angelegenheit ist Herr Lerch, der Held der anderen Angelegenheit ist Pfarrer Stryczek, der selbst von sich sagt, daß er kein Pole, sondern nur ein deutsch-sprechender Pole sei.

Daß die Leute sich mit der einen und anderen Angelegenheiten lebhaft befassen, daß sie sie sogar mit sich in Verbindung bringen, das beweist u. a. ein Artikel, den wir von einem polnischen Geistlichen erhielten. Dieser Artikel lautet nach einigen von uns vorgenommenen unbedeutenden Änderungen wie folgt:

Aus Oberschlesien.

Es erscheint fast unmöglich, daß von unseren Zeitungen, die ohne Ausnahme einen treu-katholischen Standpunkt einnehmen, ein katholischer Geistlicher ein solches Urteil abgeben könnte, wie es Herr Pfarrer Stryczek getan hat. Ein solches Urteil zieht den katholischen Geistlichen den berechtigten Vorwurf zu, wie ihn die Feinde des Glaubens im allgemeinen gegen die Geistlichen erheben, daß sie nämlich die katholischen Völker in vollständiger Unwissenheit erhalten wollen, um sich Vorteile aus dem Glauben zu sichern. Gott sei Dank weiß die polnisch-katholische Bevölkerung, daß unter den Geistlichen, die auf Seiten der billigen Rechte des Volkes stehen, eine andere Überzeugung von der Notwendigkeit und Bedeutung der Zeitungen herrscht. In diesen Zeitungen war unlängst ein Urteil des hl. Vaters über die Bedeutung der katholischen Presse abgedruckt. Und dieses Urteil stellt die Auffassung des Pfarrers Stryczek geradezu als irrig hin, denn der hl. Vater sagt: „Wir bauen Kirchen, wir predigen, aber dies sind vergebliche Bemühungen. Alle diese lobenswerten Bemühungen sind fruchtlos, wenn wir uns gleichzeitig der Waffe der ehrlichen und aufrichtigen katholischen Presse nicht zu bedienen verstehen.“

Sogar das Hauptblatt der deutschen Katholiken, die in Berlin erscheinende Germania, druckte diese Worte des hl. Vaters ab, um durch sie zur Unterstützung der Zeitungen anzuregen. So scheint es denn, daß Pfarrer Stryczek von diesen Worten des hl. Vaters nichts wußte, was um so trauriger ist, als der hl. Vater solche Vorstellungen von den Zeitungen, wie die des Pfarrers Stryczek sind, mit folgenden Worten tadelt: „Die Alten sagen, daß dies überflüssige Neuerungen seien, denn früher wurden so viele Seelen gerettet, ohne daß man sich im geringsten um die Zeitungen gekümmert habe.“ Und weiter tadelt der hl. Vater aus dem selben Grunde auch die Geistlichkeit, wenn er sagt: „Auch die Geistlichkeit befaßt sich mit dieser Angelegenheit nicht, wie sie es mußte“. Der hl. Vater weiß sehr wohl, daß heut auf der ganzen Welt Gläubige in Ländern wohnen, die mit einer Verfassung bedacht sind, und diese Gläubigen haben aufgehört, Sklaven zu sein, sie sind vielmehr Bürger mit Rechten zur Verteidigung des Glaubens durch die Zeitungen, durch die Gesetzgebungen und die Abgeordneten geworden. Von all dem scheint Pfarrer Stryczek gar keine Kenntnis zu besitzen, und darum rate ich als katholischer, polnischer Geistlicher dem Volke, sich mit der Verbreitung

seiner polnisch-katholischen Zeitung aufrichtig zu befassen.

Und jetzt in Sachen der Oppelner Bank einige Bemerkungen. Ich werde einfach sprechen, ohne etwas zu bemänteln. Es scheint mir, daß diejenigen, die die Empörung gegen die Bank erhoben haben, die Bezeichnung „Maulwürfe“ verdienen. Solchen Maulwürfen gebührt eine ordentliche Lektion, und wenn sie nicht aufhören werden, gegen die Bank anzuwiegeln und sie zu schädigen, mußte man sie durch ihre Ausschließung unmöglich machen. Herr Dr. Lerch ähnelt Herrn Pfarrer Stryczek und umgekehrt, denn anstatt daß der eine in Oppeln, der andere in Gleiwitz der polnischen Sache unter die Arme greift, legen sie ihrer Entwicklung Steine in den Weg. Wer seine fünf Sinne beisammen hat, muß zugeben, daß man die Begründung der Oppelner Bank und die bisher aus der Bank den Mitgliedern in die Taschen fließenden Gewinne jenen Großpolen verdankt, die sich stets durch unermüdliche Arbeit an unserem Volke auszeichneten und die die polnisch-katholische Bevölkerung stets auf der „schlesischen Scholle“ arbeiten sah, um sie aufzuklären und ihr den Weg zur Hebung des Geistes und zur materiellen Bereicherung zu weisen. Mögen die „Maulwürfe“ etwas Ähnliches vollbringen, denn auf dem ausgedehnten Felde der „schlesischen Scholle“ haben sie viele Gelegenheiten hierzu. In vielen Gegenden Oberschlesiens, wie in Karlsruhe, Kreuzburg, Namslau, Falkenberg, Schurgast, Proskau usw. wird für die Aufklärung des Volks nichts getan. Mögen dort die „Maulwürfe“ Banken gründen, für das Volk arbeiten und nicht ausrufen: Fort mit den Großpolen, denn wir sind auf der „schlesischen Scholle“ geboren. Ich bin schon ein alter Geistlicher, in Oberschlesien geboren, also ein geborener Oberschlesier, aber die von jenen „Maulwürfen“ ausgegebene Losung hat mich bis tief in die Seele erschüttert. Danken wir Gott, daß im Posenischen solche Herzen geboren worden sind, die sich nach der „schlesischen“ Scholle begeben haben, um hier an der Aufklärung und zum Wohle unseres Volkes zu arbeiten. Diesen Herzen gebührt aufrichtiger Dank und Anerkennung unsererseits, während die „Maulwürfe“ die Losung ausgeben: Fort mit den Großpolen von der schlesischen Scholle! Ist dies denn nicht eine Schmach und Schande für unsere Oberschlesier, die wir uns als Polen fühlen und die nationale Einigkeit als unsere Pflicht erkennen? Welche Freude und Wonne bereiten doch dadurch die „Maulwürfe“ den Katartisten! Verstehen dies denn die Maulwürfe nicht? Ich rate ihnen, sich zu besinnen, sich kräftig an die Brust zu schlagen und auszurufen: Gott, sei unserer Untugend gnädig, denn eine schwere Schmach haben wir über Schlesien gebracht.

Geistlicher R.

Aus Nr. 23 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)

vom 10. März 1911:

Es wird uns folgendes geschrieben:

Die Sache der polnischen Kultur sieht in Oberschlesien nicht rosig aus.

Die hin und wieder ergehenden Mahnungen zur Tätigkeit nach dieser Richtung gehen spurlos vorüber. Auf dem letzten Verbandstage der Volksbüchereien in Posen wurde ein vollständiger Stillstand des Lesewesens in Oberschlesien festgestellt. Es ist eine un-

erfreuliche Erscheinung, daß es schwer fällt, die Massen des Volks zum Lesen polnischer Bücher zu bewegen. Eine Sünde aber ist es, wenn die Reihen gebildeter Leute heute an der Förderung der polnischen Kultur nicht kollektiv mitarbeiten. Ich rede nicht von einzelnen Personen, sondern von der Kollektivarbeit.

Wenn wir schon neue Einrichtungen zu schaffen nicht verstehen oder nicht schaffen können, müßten wir wenigstens das, was wir besitzen, erhalten. Zu den dem Verfall entgegengehenden Einrichtungen gehört der literarische Verein! Vielleicht wissen nur noch einzelne Personen, daß sich in Beuthen eine ziemlich ansehnliche Bücherei befindet. Die bereitwilligen Leser hat leider der Vorstand abgeschreckt.

Den Postsendungen wurden eben erst zurückgeanderte Bücher wieder beigelegt, die Beiträge wurden nicht eingezogen, neue Bücher wurden nicht angeschafft, um den Zustand der alten kümmerte man sich nicht. Mit einem Worte, der Vorstand stand seinen Mann nicht. Es ist schon die höchste Zeit, daß der Verein aus der Lethargie erwache.

Wir haben heute schon Duzende von Leuten, die von einer größeren Bücherei Gebrauch machen werden. Vorausichtlich würden nicht nur Geistliche, Ärzte, Rechtsanwälte, sondern eine ansehnliche Zahl von Kaufleuten und aufgeklärten Arbeitern, denen die Volksbüchereien nicht mehr genügen, Mitglieder des Vereins werden.

Daher fordere ich alle gut gewillten Menschen, unsere ganze Presse, den Vereinsvorstand auf, dieses genannte Institut nicht verfallen zu lassen. Der Vorstand sollte unverzüglich eine Versammlung einberufen, in welcher die weitere Tätigkeit des Vereins erwogen werden muß. Sobald sich der Verein belebt, sollte die Presse unablässig auf ihn hinweisen. Fünfzig Mitglieder werden sich voraussichtlich finden. Bei einem Jahresbeitrag von 10 Mk. würden die Einnahmen 500 Mk. betragen. Außerdem besitzt die Bücherei beträchtliche Geldfonds. Die Zinsen hiervon samt den Beiträgen müssen nicht nur zur Unterhaltung der Bücherei, sondern auch dazu genügen, daß Jahr für Jahr eine ganze Reihe literarischer Neuheiten angeschafft werde. Ein bestimmter Betrag könnte zum Ankauf von Werken verwendet werden, die sich zu Vorträgen in Vereinen eignen. Auf diese Weise könnten sich die Leiter des Vereins leicht mit Vortragsstoffen versehen, wodurch wieder die Kulturbewegung gewinnen würde. Lohnt es nicht, für diese ehrenvollen Zwecke sich einer Mühe zu unterziehen?

Die ganze polnische Presse in Oberschlesien bitte ich, diese für uns so wichtige Angelegenheit zu fördern.
(S. 2).

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 11 der Niedziela (der Sonntag) (Berlin-Charlottenburg)
vom 12. März 1911:

Wahlvereine und der Strajchverein.

Als man vor Jahren in Posen den Strajchverein gründete und dessen Tätigkeit auch auf die Fremde ausdehnte, befaßte man sich auch mit der Bildung von Abteilungen in Berlin. Dabei kam es vor, daß man bei der Bildung einer Sektion in Charlottenburg den aufstrebenden und blühenden dortigen Wahlverein unterdrücken mußte. Dieser Wahlverein war nicht nach dem Muster der heutigen Wahlvereine gegründet worden, doch sei es wie ihm wolle, er ist zur Verbreitung der

politischen Aufklärung überhaupt und zur Durchführung der Wahlen im besonderen ins Leben gerufen worden. Den Namen dieses Vereins weiß ich nicht mehr, das eine jedoch weiß ich genau, daß er eine Menge Mitglieder hatte, die sämtlich von der neuen Strajchorganisation übernommen worden sind. Ähnlich soll sich die Sache in vielen anderen Bezirken Berlins verhalten haben.

Die Begeisterung für die Strajch war damals groß! Es wurden allerdings hier und da Stimmen des Zweifels, des Bedenkens und des Schmerzes laut, daß ein sich gut entwickelnder Verein schwindet, um einem neuen Platz zu machen — aber die eifrigen Anhänger der Strajch unterdrückten diese Stimmen mit der Versicherung, daß die Klagen unnütz seien, denn die Strajch wird sich herrlich entwickeln und wie ein Stern leuchten . . . !

Schreiber war von vornherein ein Gegner der Gründung der Strajch anstelle des schon existierenden politischen Vereins und hat sogar der Strajch einen raschen Untergang prophezeit! Durch eigenartiges Zusammentreffen der Umstände war einer der eifrigsten Bekämpfer der pessimistischen Anschauung und Verkünder der herrlichen Zukunft der Strajch der gegenwärtige verdienstvolle Vorsitzende des Wahlvereins in Charlottenburg Herr T. Er, der damals an meinem Unglauben Argerniß nahm, hat mehrere Jahre später selbst im politischen Komitee den Antrag gestellt, in Charlottenburg wiederum einen Wahlverein ins Leben zu rufen. Hat ers deswegen getan, weil man uns durch den Maulkorbparagraphen unmöglich machte, öffentliche polnische Versammlungen zu veranstalten? ! Ging bei der Strajch nicht schon vorher das Sterben an? !

Die Strajch hat schon bei der Geburt den Todeskeim in sich getragen, weil sie keine gesunde, von Grund auf aufgebaute Organisation war, sondern ein künstliches, von oben gebautes Gebäude darstellte! . . . Doch von den Lehren, welche uns diese politische Schöpfung gibt, kann ein ander Mal gesprochen werden, umso mehr, da die seit mehreren Jahren „reformierte“ Strajch noch lebt! Uns Polen in der Fremde, sowohl im Wahlbezirk rechts als auch links der Elbe mußte es darum gehen, mit der Strajch eine gewisse Abrechnung zu halten und festzustellen, wieviel von ihr noch bei uns existiert und was für ein Verhältnis zwischen der reformierten Strajch und den Wahlvereinen herrschen sollte.

Die gegenwärtige Strajch, welche ein Rechtsbüro usw. unterhält, kann für die Gesamtheit von Nutzen sein, doch haben die Wahlvereine ein Recht zu erfahren, was sie tut, vor allen Dingen müßte man sozusagen das Tätigkeitsfeld trennen — abgrenzen. Dies ist besonders seit der Zeit notwendig geworden, als, dem Beispiel Berlins folgend, man auch begann, Wahlvereine in Westfalen und Rheinland zu gründen. Jede Woche fast hört man von der Gründung eines solchen Vereins! Was soll denn dort jetzt die Strajch als politischer Verein tun?

Um den Landsleuten in der Fremde als Zentralbüro des Rechtshüters zu dienen, dazu ist keine Gründung von Filialen notwendig, dazu genügt das Büro in Posen und mehrere Vertreter-Korrespondenten in der Fremde. Ähnlich verhält es sich mit den anderen Tätigkeitszweigen der Strajch, welche ihr übrig bleiben, wenn die Zahl der Wahlvereine sich noch vergrößern wird . . .

In Berlin und Umgegend hört man von der Strajch schon lange nichts mehr. Vor mehreren Jahren hat man im „Politischen Komitee“ die Angelegenheit des Schwindens des Einflusses der Strajch diskret besprochen und beschlossen, so viel ich weiß — niemandem zu wehren, der Strajch in Posen anzuge-

hören, aber die Agitation für die Straß zu Gunsten der neuentstehenden Wahlvereine als Herde der politischen Arbeit einzustellen! Es ist möglich, daß man dabei zu vorsichtig und zartfühlend zu Werke ging. Warum soll nicht deutlich gesagt werden, daß die Straß bei uns keine Existenzberechtigung mehr habe, und warum soll nicht offen für die Wahlvereine agitiert werden?! Heute noch fragen die Landsleute die gewesenen Vertrauensmänner der Straß, wo und wem sie die Beiträge zahlen sollen, heute noch fragen die früheren Vertrauensmänner, welche die Beitragslisten besitzen, was sie mit ihnen machen sollen. Sollte es nicht besser sein, deutlich und offen die „Liquidation“ anzumelden und denjenigen, die die Ziele der Straß als Rechtsschutzverein zu unterstützen wünschen, zu sagen, sie sollen sich nach Posen wenden? Wer dagegen mit den Landsleuten politisch tätig sein will, der sollte übrigens einem Wahlvereine beitreten!

Eine solche Bekanntmachung wäre meines Erachtens sehr an der Zeit!

Janko.

Aus Nr. 3 des Splewak (Posen)

vom 1. März 1911:

Rixdorf.

In der am 8. Januar abgehaltenen Generalversammlung des „Vereins polnischer Säger“ wurde folgender Vorstand gewählt:

Roman Gorzynski, Vorsitzender,
Frz. Sikorski, Schriftführer,
Walerian Tobolski, Kassierer.

Aus Nr. 58 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 11. März 1911:

Aus Lissa schreibt man uns:

Der Geistliche Hoffmann hat unsere Stadt verlassen, um sich der Missionsarbeit unter unsern Auswanderern in Hannover und Umgegend zu widmen. Während seines verhältnismäßig kurzen Weilens hier selbst hat er sich große Sympathie erworben.

Aus Nr. 59 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)

vom 12. März 1911:

Einige Worte über unsere in der Fremde herrschenden Verhältnisse.

Seit mehreren Monaten schon sind wir hier in der Fremde Zeugen eines ekelhaften Kampfes, der von den beiden Abgeordnetenorganen, der Gazeta Grudziödzka und dem Wiarus Polski, gegeneinander geführt wird.

Den Anlaß zu diesem Kampfe gab jene unglückselige Finanzreform, bei welcher sogar unsere „demokratisch-volksparteilichen“ Abgeordneten sich so un-demokratisch benommen haben.

Wenn irgendwo, so hier in der Fremde hat uns diese Arbeit viel Schaden angerichtet. Sie wird nämlich von den roten „Genossen“ ausgenutzt, welche mit ihr operieren und viele Landsleute in ihre Reihen herüberlocken.

Kein Wunder also, daß der Wiarus seinerseits die Stellung der Fraktion in dieser Angelegenheit kritisierte. Dies tat auch übrigens die gesamte Volks-
presse. Der Herr Abgeordnete Kulerski dagegen war ihr größter Verteidiger, und mit einem, eines modernen Don Quichot würdigen Mut verteidigte er die Stellung

der Fraktion, pries sie als eine Wohltat für das Arbeitervolk und donnerte in spaltenlangen Artikeln in einer eines verbissensten Hatatisten würdigen Weise auf alle diejenigen Redakteure, welche sich erdreisteten, die Sache anders anzusehen und über sie zu schreiben, wie er und ihm ähnliche Herren.

Herr Kulerski war bestrebt, in Skizzen, welche der „Künstler“ des „Smied“ herstellte — dieser „Künstler“ hat von der Zeit seines Aufenthalts in der Fremde her Spuren in den Kontobüchern einiger Kaufleute hinterlassen — alle diejenigen Männer der Feder, welche mit Selbstverleugnung für die Sache des polnischen Volkes arbeiten, in den Augen seiner „lieben Brüder“ lächerlich zu machen.

Da er jedoch sah, daß das polnische Volk mit kleinen Ausnahmen anders darüber denkt, hat K., nachdem er dies in der Abnahme des Abonnements deutlich zu fühlen bekam, beschlossen, dem Volke die Sache mit „lebendem Wort“ klarzumachen. Und er ging zuerst in die Fremde, denn obwohl sein Agent überall Bäckereien, in welchen Anhänger der Gazeta Grudziödzka gebacken werden, einrichtete, steht es schlimm um die „lieben Brüder“. Leider konnten unsere Landsleute die Wohltaten der Steuern, welche Herr Kulerski mithalf zu beschließen, nicht würdigen, sie konnten die „heldenhafte“ Arbeit eines volksparteilichen Abgeordneten nicht verstehen.

Man verstand ihn nicht in Berlin, nicht in Essen, und in letzter Zeit auch nicht in Herne und anderen Ortschaften, so daß der Arme mit gebrochenem Herzen und erschüttertem Glauben gegen alle Diejenigen, für welche er mit Aufbietung aller Kräfte arbeitet, und welche nicht „es lebe der Abgeordnete“ rufen, mißtrauisch wurde. Er faßte sich mit dem Wiarus. Dieser Kampf kann das Volk in der Fremde tatsächlich nicht erbauen, er kann nicht Liebe, Eintracht und Einigkeit schaffen, wenn die Führer und Abgeordneten mit solchem Beispiel vorangehen. Obwohl die Schuld die Gazeta Grudziödzka trifft, so hätte trotzdem der Wiarus seinerseits mehr Takt und Überlegung bewahren sollen, dadurch hätte die nationale Sache nur gewonnen.

Man dachte, daß dieser Zank schon beendet sei und man freute sich darüber, da stört die Gazeta Grudziödzka wiederum den Frieden, indem sie ein neues „kriegerisches Unternehmen“, diesmal gegen die Beamten der polnischen Berufsvereinigung im allgemeinen und gegen den Vorsitzenden der Bergarbeiterabteilung Herrn Manowski im besonderen veranstaltet.

Es gefällt ihr nämlich nicht, daß Herr Manowski, der als Beamter der Berufsvereinigung die Folgen der Finanzreform am meisten zu spüren bekam, es wagte, in der Versammlung der Straß in Bochum einige Worte der Wahrheit zu sprechen. Das kann doch die Gazeta Grudziödzka nicht erlauben, daß ein anderer anders denken und sprechen könnte wie ihr Verleger. Daher diese Hag! Auf eine selbst des Zaren würdige Weise ist diese Volkszeitung bestrebt, in unsere Reihen Unfrieden zu säen, indem sie die Leser gegen die Beamten der „Berufsvereinigung“ hetzt und auf diese Weise Leute brotlos machen will, die es gewagt haben, das zu sagen, was sie fühlten.

Diese Tat wirft ein grelles Licht auf die Gazeta Grudziödzka, ihren Verleger und die Redakteure. Nicht umsonst brüstet sich Herr Kulerski, daß in seinen Adern eine Beimischung deutschen Blutes fließt.

Also abtragen, zertreten und zermalmen alles das, was im Wege steht, wenn dieses Etwas auch ein Herz hätte, welches in heißer Liebe für die nationale Sache schlägt, oder etwas wäre, daran Tausende unsrer Brüder gearbeitet hätten und jetzt mit Stolz auf ihr Werk schauen, wenn dieses Etwas sogar die Grund-

lage unsrer sozialen Existenz wäre. Fort damit, denn das paßt nicht in den Kram des Herrn Kulerski.

Kein Wunder also, daß durch diese Rücksichtslosigkeit und Demagogie des demokratischen Abgeordneten sich alle diejenigen in ihren Gefühlen beleidigt fühlten, welche darin eine drohende Gefahr für die Berufsvereinigung erblickten. Was heute die eine Zeitung tut, kann morgen die andere tun — was übrigens schon vorgekommen ist!

Daher also die von Tausenden unsrer Brüder in den Versammlungen beschlossenen und angenommenen Resolutionen, welche in energischer Weise gegen das Hineinziehen unsrer Berufsvereinigung und ihrer Beamten in die Zeitungszänkereien protestieren, weil sie darin eine Gefahr für die Organisation erblicken.

Es wäre höchste Zeit, daß Herr Kulerski und sein neuernannter Kanzler, welcher bei uns mit seinem politisch-nationalen Kredit unten durch ist, diesen glatten Weg verlassen, denn dieser Weg wird sie nicht ans Ziel führen, der Sache selbst aber nur Schaden bringen.

Ihr amüsiert euch nicht gut, ihr Herren — und uns geht es dabei ums Leben. A c e r.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 96 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 28. Februar 1911:

Preußen, der Vatikan und die polnischen Angelegenheiten. — Pastor Hensel.

Kaiser Wilhelm wird sich in diesem Jahre nicht nach Rom begeben, um dem Vatikan und der Zentrumsparlei in Deutschland keine Unannehmlichkeiten zu bereiten. Zu den italienischen Jubiläumsfestlichkeiten entsendet er nur seinen Sohn, den Kronprinzen, was schon eine geringere Bedeutung hat, als wenn er selbst hinführe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der heilige Stuhl sehr dankbar hierfür sein und sich in den Fragen des Modernismus noch milder Deutschland gegenüber zeigen wird, als dies bis jetzt der Fall war. Man kann aber ebenso sicher annehmen, daß diese Wiederherstellung der engsten Harmonie zwischen der römischen Kurie und der preußischen Regierung sich in einer für uns unangenehmen Weise in der kirchlich-politischen Lage der polnischen Bevölkerung im preußischen Anteil fühlbar machen wird.

Eigentlich hat sich bereits eine Tatsache ereignet, die als ein Vorpiel der Folgen der Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen dem Vatikan und Preußen betrachtet werden kann. Wie wir bereits berichtet haben, ist auch das letzte „motu proprio“ des Papstes, das den Geistlichen die Beteiligung an den politischen und gesellschaftlichen Arbeiten verbietet, für Deutschland ebenfalls bedeutende Einschränkungen. Wie nämlich heute die Nachrichten lauten, hat die Posener Kirchenbehörde dem Pfarrer Kurzawski die Annahme des ihm nach dem Tode des Prälaten von Jazdzewski angetragenen Abgeordnetenmandats verboten. Seit einer langen Reihe von Jahren ist dies das erste derartige, die politischen und bürgerlichen Rechte der polnischen Geistlichkeit im preußischen Anteil einschränkende Verbot, deshalb gibt uns auch diese Tatsache ernstlich zu denken. Gleichzeitig geht uns die Nachricht zu, daß an der Posener Kathedrale Professor Steuer, ein Deutscher, zum Domherrn neu ernannt worden ist.

Die preußischen Hatzjisten leben in fortwährender Angst vor der politischen Agitation. In diesen Tagen

kam aus Ostpreußen, aus dem sogenannten preußischen Masowien, Pastor Hensel nach Posen und hielt einen öffentlichen Vortrag, in dem er sich über die Folgen der polnischen Agitation unter den ostpreußischen protestantischen Masuren beklagte. In geradezu grellen Farben schilderte er die Geschicklichkeit, Durchtriebenheit und List der polnischen Agitatoren, die es angeblich zuwege bringen, daß sogar der Teil der fremdrassigen Bevölkerung der preußischen Monarchie, der bis jetzt am treuesten zu Thron und Staat gehalten habe, im allgemeinen dem Deutschtum national-polnische Gefühle zu offenbaren anfange.

Es wäre zu wünschen, daß dies wirklich der Fall wäre, leider ist es noch nicht so weit und der Herr Pastor hat in mancher Hinsicht übertrieben. Denn gerade unter diesen polnischen Protestanten in Preußen begegnet die polnische Nationalpresse noch großen Schwierigkeiten und hat bis jetzt nur geringe Erfolge gehabt. Die Hatzjisten aber haben sogar davor große Angst.

Aus Nr. 61 der Arbeiter-Zeitung (Wien)
vom 2. März 1911:

„Nicht ehrenhaft, aber gesund.“ Ehrenmänner im Polenklub.

Aus Galizien wird uns geschrieben:

Das österreichische Abgeordnetenhaus hat wahrscheinlich keine Ahnung, was gegenwärtig im Polenklub für sonderbare Geschichten zum Vorschein kommen. Die Wiener Presse — soweit sie antijemittisch oder deutsch-national ist — hat auch kein Interesse daran, ihre Verbündeten vom Polenklub in ihrer wahren Gestalt zu zeigen. Aber das, was jetzt in den polnischen Blättern über die einzelnen Mitglieder des Polenklubs veröffentlicht wird, kann unmöglich vor der breiteren Öffentlichkeit verheimlicht werden.

Das allgemeine Wahlrecht hat in Galizien die sonderbarsten Gestalten auf die parlamentarische Oberfläche gebracht, obwohl daran eigentlich gar nicht das Wahlrecht als solches schuld war, sondern die höllische Angst der polnischen Machthaber vor der Wirkung des allgemeinen Wahlrechtes und die krampfhaften Anstrengungen, das Land vor diesem Wahlrecht zu retten.

Man hat einige Millionen an Wahlsonds zusammengebracht und scheute vor keinem Schwindel zurück, vor keinem Kompromiß, bis endlich der Polenklub in seiner jetzigen Gestalt gewählt wurde.

Trotz aller dieser Anstrengungen wurden die Klasseninteressen auch im Polenklub sichtbar und seit 1907 bestehen dort vier ganz abgesonderte Parteien (Nationaldemokraten, westgalizische Demokraten, Konservative und Bauernparlei), die aber in den engen Rahmen eines einheitlichen „solidarischen“ politischen Klubs hineingezwungen wurden.

Nun begann im Innern des Polenklubs der wütende Kampf um die Führung, also um die Eroberung der Obmannschaft. Um die Obmannsstelle zu erobern, nahmen die polnischen Patrioten aus dem Lager der Nationaldemokratie zuerst den Vater Stojalowski mit seinen vier Bauern auf, obwohl Stojalowski einst von den Nationaldemokraten als russophiler Mitarbeiter der russischen offiziellen Presse gebrandmarkt worden war. Dann begann die Jagd auf einige abtrünnige Bauern, Mitglieder der Volkspartei. Einige wurden gewonnen, und die Nationaldemokraten konnten die Obmannsstelle des Polenklubs mit ihrem Glombinski besetzen.

Nun beginnen aber die glücklich gewonnenen Verbündeten ihren großen Wert allmählich zu begreifen

und diesen Wert in einen anderen, nämlich — den klingenden, umzusetzen.

Abgeordneter Stohandel gründet eine schwindelhafte, bauernfängerische „Agentur“ und beraubt in unerhörter Weise die armen galizischen Bauern, die leider so naiv waren, bei ihm Maschinen zu bestellen und mit Wechseln zu zahlen. Sie kriegen keine Maschinen zu sehen, trotzdem aber wurden ihre Wechsel eingeklagt.

Pater Stojalowski, Pater Szponder und Szajer warfen sich auf den Auswandererjag. Beide Geistliche liegen sich jetzt in den Haaren wegen Teilung der Beute, und Szajer liefert in die ausländischen Fabriken (unter anderem Malmö in Schweden) die polnischen Arbeiter zu Bedingungen, die einer Sklaverei gleichkommen.

Die Behörden und die öffentliche Meinung sind über diesen Menschenhandel sehr gut informiert; aber man läßt die Herren Abgeordneten ungeschoren.

Der fünfte Stojalowskianer, Abgeordneter Dobija ergänzt sehr passend die Gruppe, die jetzt mit den Nationaldemokraten liiert ist.

Das alles ist schon bekannt. Aber in den letzten Tagen kamen neue Dinge auf, die einfach jeder Beschreibung spotten.

Drei polnische Bauern, Paduch, Wiacek und Fiedler, beschloßen, die Not und Angst der galizischen Schenker, die um die neuen Schankkonzessionen ihre Eingaben in die Statthalterei eingereicht haben, zu einem lukrativen Geschäft zu machen.

Paduch nahm von verschiedenen jüdischen Schankwirten Gelder „für die Arbeit der Erlangung der Schankkonzession“, wie er in den Briefen an verschiedene Schankwirte bestätigt. Für den Fall des Mißlingens gab er den Juden Wechsel mit der Unterschrift des Wiacek und seiner eigenen.

Ein Krafauer Tageblatt druckt nun die Photographien dieser Briefe und Wechsel ab. Wir wollen hier einige Zitate aus dieser Korrespondenz anführen. In dem Briefe I lesen wir:

Lemberg, 3. November 1910.

Wohlgeboren Majer Safir und Golitzer.

Ich habe durch Ihren Vater auf den Wechsel per 1200 Kronen 900 Kronen für die Erlangung der Schankkonzession bekommen und Montag soll Ihr Vater mir 300 Kronen einhändigen, damit die volle Wechselsumme erreicht wird.

A. Paduch.

Brief Nr. II.

Hochwohlgeboren Herr Reichsratsabgeordneter Adalbert Wiacek kommt Montag mit mir nach Lemberg. Deshalb muß Ihr Vater uns beiden den Rest der Summe am Montag geben. Wenn nicht, werden Sie keine Konzession bekommen.

Achtungsvoll

A. Paduch.

Ein ganz ähnliches Geschäft machten Paduch und Wiacek mit dem Schenker Wolfelmann, nur sollten sie hier 2000 Kronen kriegen.

Wie offen der Abgeordnete Paduch seine Geschäfte machte, beweist der Wortlaut einer Erklärung, die er einem gewissen Berl Hart aus Sieniawa ausstellte. Wir lesen in dem Photogramm:

Endesgefertigter bekam von Herrn Berl Hart aus Sieniawa, auf Wechsel 1000 Kronen. Falls Berl Hart aus Sieniawa, Bezirk Jaroslaw, durch mich in der Statthalterei eine Schankkonzession bekommt, soll mir Berl Hart meinen Wechsel zurückgeben . . . usw.

Interessant ist es auch, was Paduch an seinen Sekretär nach Galizien schreibt. Wir lesen in dem Briefe Nr. 10:

... Wenn einer Hilfe braucht, erjähre zuerst, ob er Geld geben will. Wenn ja, telegraphiere mir und ich komme sofort.

... Du kannst jedem garantieren, daß er die Konzession bekommt; wenn nicht, so wird man für dasselbe Geld hier in Wien arbeiten . . .

... Mache nur flug und gut, verkünde überall, daß ich in Wien bin, daß Du mich telegraphisch kommen lassen wirst, daß alles gegen die Juden kämpft und ich mit ihnen halte, daß die Juden in mir den Freund haben, daß man mir Füße küssen sollte, daß ich mich für die Juden opfere und das ganze Volk die Juden erschlagen will. . . .

Das alles um bares Geld!

Als der Abgeordnete Stapinski die Photographien der Briefe und Wechsel im Polenklub verlas, schrieb Paduch:

... Ich wollte ihn ohrfeigen, aber er ist mit den Wechseln davongelaufen, er kriegte bloß eine oder zwei Ohrfeigen. . . .

Am meisten ist Paduch gegen die Juden erbittert, von welchen Stapinski die Beweise der Schuld Paduchs, Fiedlers und Wiaceks bekommen hatte.

Alle drei Abgeordneten gehören der Partei des Herrn Eisenbahnministers Głominski an.

Was der Polenklub mit dieser unsäglich schmutzigen Geschichte machen wird, wissen wir nicht. Aber Paduch und Genossen haben dasselbe gute Recht, ihr Mandat zu mißbrauchen, wie die Stojalowski und Stohandel.

Sie werden auch wahrscheinlich im Polenklub bleiben.

Aus Nr. 108 der Nowa Reforma (Krafau)
vom 7. März 1911:

Schädliche Unsicherheit.

Eine Handvoll in Preußen regierender und einen ziemlich bedeutenden Einfluß auch auf die politischen Verhältnisse im ganzen Deutschen Reiche ausübender preußischer Junker erhielt einen neuen Beweis dafür, wie sich vor ihr alle, selbst auf polnischer Seite fürchten. Seit einigen Tagen wird in einem großen Teile der polnischen Presse im preußischen Anteil und auch in der Galiziens Alarm aus Furcht vor der Enteignung geschlagen. Während wir vor kurzem noch gerade in diesen Organen der ausdrücklichen Überzeugung begegneten, daß die preußische Regierung es nicht wagen werde, mit der zwangsweisen Enteignung der polnischen Bevölkerung den Anfang zu machen, begegnen wir jetzt dort den traurigsten Mutmaßungen, daß die Enteignung auf der ganzen Linie jeden Augenblick beginnen könne. Was hat diese Änderung hervorgerufen? Lediglich und ausschließlich die Mitteilung der Berliner konservativen Korrespondenz, des amtlichen Blattes der konservativen preußischen Junker, des Inhalts, daß auch sie die dringende Notwendigkeit der zwangsweisen Beseitigung der polnischen Bevölkerung von dem Grunde und Boden anerkennen und ferner, daß sie selbst bei der nächsten Gelegenheit im preußischen Landtage an die Regierung die Frage richten werden, weshalb sie von dem ihr gesetzlich zugewilligten drakonischen antipolnischen Mittel keinen Gebrauch mache.

Diese kurze konservative Zunkeräußerung rief sogar auf polnischer Seite schwarzen Pessimismus hervor, der geradezu an Bestürzung grenzt. Wie sollen da die preußischen Zunker nicht stolz sein auf ihr Ansehen! Was uns anbetrifft, so teilen wir diesen Pessimismus durchaus nicht. Er bemächtigte sich auch fast ausschließlich der polnischen Presseorgane, die vorher ihre Gewißheit, die Regierung werde an Enteignung nicht herantreten, ausschließlich auf die angebliche Opposition der preußischen Konservativen gegen eine derartige Verletzung des Grundsatzes der Unantastbarkeit des Privateigentums stützten. Diese Organe haben wohl ganz vergessen, daß das Enteignungsgesetz hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich mit Hilfe der preußischen Zunker zustande gekommen ist. Die Hoffnung oder sogar die Überzeugung, daß dieser Teil der Urheber des Gesetzes später hinsichtlich der Ausföhrung des barbarischen Kampfmittels schwankend werden würde, war mindestens eine merkwürdige Täuschung.

Was uns anbetrifft, so haben wir diese Täuschung keineswegs geteilt. In dem langen Hinausschieben des Enteignungsbeginns seitens der preußischen Regierung erblickten wir stets noch andere, wichtigere Ursachen, die eng mit dem gegenwärtigen Stande des preußischen Budgets, mit gewissen politischen Rücksichten und nicht zum mindesten mit der Tatsache verknüpft waren, daß dieses Gesetz in der Form, die man ihm vor drei Jahren gab, größere Vorteile für die Germanisierung polnischer Landesteile nicht in Aussicht stellte. Deshalb legen wir auch heute, ohne diese konservative Stimme zu unterschätzen, ihr eine so übertriebene Bedeutung durchaus nicht bei.

Jedenfalls wird sie selbst keine Änderung in dem bisherigen Verhalten der Regierung in dieser Angelegenheit herbeiföhren. Es ist dies, unserer Ansicht nach, das gewöhnlichste politische Wahlmanöver der preußischen Konservativen, das ihnen, den durch die letzten Reformen in Preußen vollständig diskreditierten, bei den bevorstehenden deutschen Reichstagswahlen wenigstens die Unterstützung der chauvinistischen und hafatistischen Kreise sichern soll. Damit ist noch keineswegs gesagt, daß sich die preußische Regierung sofort nach ihren darin geäußerten Wünsche richten sollte. Wenn sie den gegenwärtigen Augenblick für geeignet hält, um mit der Enteignung den Anfang zu machen, so wird sie diese auch ohne die Anregung von konservativer Seite beginnen; ist dieser Augenblick noch nicht gekommen, so wird sie es trotz dieses Drängens nicht tun. Eine Veranlassung zur direkten Befürchtung nach dieser Richtung hin gibt es also nicht.

übrigens hatten wir Zeit genug, um uns mit einem derartigen Gedanken vertraut zu machen. Und wir müssen zugeben, daß er, bei kühler Erwägung, ungehört hat, gefährlich zu sein, wie dies im ersten Augenblick nach Erlaß dieses Gesetzes den Anschein hatte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Enteignung der polnischen Bevölkerung im preußischen Anteil manchen schmerzlichen Hieb versetzen wird. Doch muß auch das in Betracht gezogen werden, daß vorläufig nur die Enteignung von 70 000 Hektar und nicht des ganzen polnischen Grundes und Bodens in Aussicht genommen worden ist. Im Laufe der letzten drei Jahre hat sich aber dort der polnische Besitzstand an Grund und Boden wieder bedeutend vergrößert, so daß der mutmaßliche Verlust ebenfalls geringer ausfallen wird. Heute sind dann auch schon Mittel und Wege gefunden worden, mittels deren in jedem einzelnen Falle das Enteignungsverfahren wird erschwert werden können. Ferner muß im Interesse der polnischen Gesellschaft im preußischen Anteil geradezu gewünscht werden, daß diese brennende Frage auf diese oder jene

Weise endlich aufgeklärt werde. Das Enteignungsgesetz, das wie ein Damoklesschwert dauernd über den dortigen Landwirten hängt, wird die ganze dortige Gesellschaft in fortwährender Unsicherheit und Nervosität erhalten, und ein derartiger Zustand wirkt auf die kühle und energische Verteidigung ungünstig. Es wird vorteilhafter für sie sein, wenn sie endlich der ihr drohenden Gefahr geradezu in die Augen blickt, als wenn sie noch länger in solcher Ungewißheit leben sollte.

Aus der Tatsache jedoch, daß heute auch die preußischen Zunker die Enteignung fordern, geht noch keineswegs hervor, daß sie sicher schon in nächster Zeit beginnen werde, und alle diesbezüglichen Marme sind mindestens verfrüht. —

Aus Nr. 110 der Nowa Reforma (Krafaun)
vom 8. März 1911:

Der deutsche Karneval in Posen.

Die Posener Deutschen nehmen zu den verschiedensten Mitteln ihre Zuflucht, um der Hauptstadt Großpolens wenigstens nach außen hin einen deutschen Charakter aufzuprägen. Zu diesem Zwecke veranstalteten sie in diesem Jahre in Posen zum ersten Mal öffentliche Karnevalssumzüge, wie sie bereits seit Jahrhunderten in den urdeutschen Städten im Westen, z. B. in Köln, Mainz, München usw. stattfinden. Es gab also glänzend geschmückte Wagen, geschichtliche Kostüme, allegorische Gestalten, es gab einen Karnevals-Trubel und -Lärm auf den Straßen in der uralten Stadt des Przemyßlaus. Das Deutschtum feierte Triumphe, indem es auf diese närrische Weise angeblich einen neuen Beweis lieferte, daß Posen auch nach außen hin immer mehr deutsche Merkmale gewinne. Derartige Beweise sind leicht zu beschaffen, denn das Regierungsgold fließt in reichen Strömen in die polnischen Landesteile, um das bedrohte Deutschtum zu retten. Ein deutscher Patriot braucht nur zu wollen, und der Goldstrom wendet sich in seine Tische. Indes täuschen sich die Deutschen darin, daß sie durch diese oder ähnliche Mittel den polnischen Charakter Posens verwischen werden. Die polnische Bevölkerung stand diesen Festlichkeiten fern, und die Stadt bleibt nach wie vor — vorwiegend polnisch.

Aus Nr. 99 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 10. März 1911:

Der Verein „Deutsche Mittelschule in Galizien“ und das k. k. II. Staatsgymnasium in Lemberg.

Ich halte die Erörterung des Verhältnisses zwischen dem in nächster Zeit zu begründenden Verein „Deutsche Mittelschule in Galizien“ und dem Lemberger (II.) Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache deshalb für wichtig, damit unsere Bestrebungen von polnischer Seite nicht dahin gedeutet werden, daß wir mit der Gründung einer privaten deutschen Mittelschule in Galizien auf den Besitz des letzten deutschen Staatsgymnasiums in Galizien — des k. k. II. Gymnasiums in Lemberg — verzichten. Genau genommen, sind wir volksbewußten (der Pole sagt „uświadomiony“) Deutschgalizier nicht im Besitze dieser Anstalt, da an der Spitze derselben ein Pole steht, (man darf sich durch den deutschen Namen *Bościeł* nicht täuschen lassen) und das ganze Professorenkollegium aus Polen und einigen wenigen Ruthenen

zusammengesetzt ist. Daß diese volksfremden Elemente jedwede nationale, natürlich deutsch-nationale Regung in den Reihen der Schüler der Anstalt unterdrücken, ja daß sie sogar polnisch-nationale Strömungen fördern und teilweise auch Entnationalisierungs-politik bezüglich der deutschen Schüler treiben, ist selbstverständlich. Nichtsdestoweniger dürfen wir uns über die Bedeutung der Anstalt für unseren nationalen Besitzstand nicht hinwegtäuschen. Es besteht für jeden Fall gegenwärtig in Galizien eine staatliche Mittelschule mit deutscher Unterrichtssprache. Und sind die Verhältnisse an derselben in nationaler Beziehung noch sehr traurig, so dürfen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß dies besser werden kann. Wir sind momentan noch in den Kinderschuhen der nationalen Entwicklung. Aber wir haben die Geschichte am richtigen Ende angefaßt, und stehen einmal die Grundmauern, dann werden wir auch weiter bauen können. Es wird und muß sich mit der Zeit auch in Galizien die in anderen Kronländern geltende Maxime Geltung verschaffen, daß die slawischen Mittelschulen mit slawischen Lehrkräften und die deutschen mit deutschen Lehrkräften besetzt werden müssen. Bevor wir aber das durchsetzen, und die Mittel und Wege hierzu kennen wir schon jetzt, dürfen wir nicht ruhen und nicht rasten. Wir wollen auf nationaler Grundlage eine private Mittelschule für die Kinder unserer deutschen Bauern schaffen, wahrscheinlich nicht in Lemberg, sondern in einem anderen Orte, der mehr Mittelpunkt einer größeren Anzahl deutscher Siedlungen ist. Diese Anstalt wird dem k. k. II. Gymnasium in Lemberg keine Konkurrenz machen, da wir noch zahlreich genug sind, um mit unseren Kindern auch zwei und noch mehr Mittelschulen zu füllen, nur muß man uns und unsere Kinder als gleichwertige Staatsbürger und nicht als nationale Parias behandeln. Der Verein „Deutsche Mittelschule in Galizien“ wird und darf auch nicht seine Tätigkeit auf die Errichtung einer eigenen Anstalt beschränken. Seine Aufgabe muß es auch sein, den Verdegang der deutschen Frequentanten polnischer Anstalten zu verfolgen, sie vor Entnationalisierung zu bewahren und gegen jede offenbare nationale Gehässigkeit von Schülern und Lehrern gegen die deutschen Kinder Stellung zu nehmen. Wenn die Polen dies in Schlesien, wenn sie es sogar in Wien tun, so wird es wohl auch den Deutschen in Galizien gestattet sein. Der Pole ist national durch und durch! Er lobt diese Eigenschaft bei seinen Volksgenossen. Wäre es nicht unlogisch und verwerflich, wenn er dasselbe bei den Deutschen Galiziens verdammen sollte?! Daß der neue Verein sein besonderes Augenmerk auf das sogenannte „deutsche“ Gymnasium in Lemberg richten wird, ist wohl selbstverständlich und bedarf keiner weiteren Begründung. Es ist aber auch zu erwarten, daß die objektiven und besonnenen Elemente des Lehrkörpers im Bewußtsein der bestehenden nationalen Kontrolle die polnisch nationalen Hitzköpfe, die es ja überall gibt, davor zurückhalten werden, daß sie die ihnen zum Unterrichte verliehene Gewalt zur Politik mißbrauchen. Das k. k. Staatsgymnasium in Lemberg hat trotz seiner polnischen Auffschrist nicht aufgehört, zu unserem Besitzstand zu gehören und wir geben diese Anstalt auch nicht auf! Dr. P.

Aus Nr. 99 des
Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)
vom 10. März 1911:

Die „edlen“ Polen.

Eine polnische Zeitung („Gazeta wieteschorna“) vom 26. Februar bringt folgende bezeichnende Berichte:

„Im russischen Parlamente äußerte sich Graf Bobrinski anlässlich einer Debatte über Rußisch-Polen auch über die Haltung der galizischen Polen gegen die Ruthenen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Polen in Galizien den Ruthenen wenigstens einen Teil der Rechte gewährten, die sie selbst in Rußland haben. Darauf erwiderte der polnische Abgeordnete Grabzki, daß in Galizien alle Verordnungen von der österreichischen Regierung ausgehen, weshalb die Polen dafür nicht verantwortlich gemacht werden können.“

In der österreichischen Delegation sprach der polnische Abgeordnete Tomaszewski (er ist nebenbei Mittelschuldirektor in Lemberg) unter anderem auch folgendes: Zwischen den Deutschen und Polen in Galizien gab es nie Mißhelligkeiten, von einem Kampfe ist keine Rede, und die Deutschen Galiziens können sich weder über Bedrückung, noch über Schmälerung ihrer Rechte beklagen.

Der russische Pole Grabzki steht also auf dem Standpunkte, daß für alles Unheil in Galizien die österreichische Zentralregierung verantwortlich sei; wir kennen dieses Lied, das die Polen dann immer anstimmen, wenn von offenkundigen Mißständen in Galizien die Rede ist, die sich nicht weglegen lassen. Als vor Jahren im Reichsrate zu Wien Klage über die traurige Verwaltung in Galizien geführt wurde, geschwind war ein polnischer Abgeordneter auf, der die ganze Schuld auf die deutschen Beamten schob, die damals noch aus der Zeit vor 1869 in Galizien waren. Wenn davon die Rede geht, daß in Galizien keine Industrie aufkommt, so geben die Polen der österreichischen Regierung die Schuld, daß sie das Land absichtlich danieder liegen lasse usw.

Noch einfacher ist es, Alles rundweg abzuleugnen; denn dadurch wird das Polentum nach außen hin als edel und ehrsam hingestellt, die katholischen Kreise verbleiben bei ihrem Glauben an das schmerzenreiche polnische Kulturvolk, und die anderen, die es nicht glauben, drücken beide Augen zu, weil der Polentklub als Regierungspartei verwendbar ist und das berüchtigte Taaffeische Fortwursteln leichter macht. Es wäre ja von vornherein aussichtslos, wollte man den Delegierten Tomaszewski darauf hinweisen, welcher schweren Stand die Deutschen in Galizien haben; er würde an der Politik des Ablenkens festhalten, aber als Lemberger Abgeordneter und Mittelschuldirektor muß er dennoch vom Bestande des Bundes der christlichen Deutschen, vom Volksblatte und den Ursachen, die die deutsch-galizische Frage in Bewegung gebracht haben, wissen. Die Polen dieses Schlages möchten es mit den Deutschen machen wie der Bäcker, der mit der Rage den heißen Ofen auswischt: Gewöhn's, Räzchen, gewöhn's, sagte er, aber als es die Rage gewöhnt war, war sie auch tot; so sollen auch die Deutschen sich, ohne zu klagen, als Kulturdünger für die Polen verwenden lassen, bis ihr Deutschtum im Polentum aufgegangen ist.

Die oben angeführten Äußerungen zweier polnischer Abgeordneter sind schlagende Belege für die Unfähigkeit maßgebender polnischer Kreise zu einer aufrechten, ehrlichen Volkspolitik; anstatt das wirklich vorhandene Übel an der Wurzel zu fassen und zu heilen, wird die Schuld andern zugehoben oder überhaupt alles geleugnet. Soll man sich da noch wundern, wenn wir Deutsche in Galizien die Kluft, die uns von den Polen trennt, für unüberbrückbar ansehen?